

Verkauf des Tagespreises
 am 10. 11. 1913. Der Preis für den 10. 11. 1913 ist 10 Pfennig.
„Die Neue Welt“
 (Wochenblatt für die Arbeiterklasse)
 monatlich 10 Pfennig.
 Schenkung:
 100 Exemplare für die Arbeiterklasse.
 100 Exemplare für die Arbeiterklasse.
 100 Exemplare für die Arbeiterklasse.

Sozialistische

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigen
 für die Halle Nummer 262. Die Anzeigen sind zu begeben bei der Redaktion.
 Preis für 10 Zeilen 10 Pfennig.
 Preis für 20 Zeilen 20 Pfennig.
 Preis für 30 Zeilen 30 Pfennig.
 Preis für 40 Zeilen 40 Pfennig.
 Preis für 50 Zeilen 50 Pfennig.
 Preis für 60 Zeilen 60 Pfennig.
 Preis für 70 Zeilen 70 Pfennig.
 Preis für 80 Zeilen 80 Pfennig.
 Preis für 90 Zeilen 90 Pfennig.
 Preis für 100 Zeilen 100 Pfennig.

Lokaler Machtkampf.

In Halle stehen wir vor den Wahlen zur Stadtverwaltung. Der Wahlkampf ist nicht großartig und vor allem nicht gründlich, denn die Kämpfe um lokale Ziele vermehren bisher noch nicht, das Volk in seinen Tiefen zu erfassen. Das ist ein Glück und ein Unglück — je nach der Klasse, zu der man gehört. Für die Besitzenden ist das ein Glück, denn es ist ihnen ein leichtes, die Gemeindefürsorge für sich zu erhalten. Diesem Zweck wurde die gesamte Städteorganisation und -verwaltung angepaßt. Der Staat sorgte durch politische Gesetze und Vorschriften dafür, daß erstens die Rechte der Gemeinden an sich außerordentlich beschränkt wurden, zweitens, die „Anfälligen“, das heißt die Besitzer von Grund und Boden, die Ausschlaggebenden in der Gemeinde blieben. So wurde die Kommune nicht ein soziales Gemeinwesen zur Fürsorge für alle Glieder, sondern eine Organisation zur Wahrnehmung der lokalen Interessen der Besitzenden. Das muß man zunächst immer wieder feststellen, wenn man die heutige Gemeindepolitik betrachten will.

Dann kommt aber noch zweites hinzu: erstens, daß der Staat, dem unsere Kommune hörig ist, Preußen heißt, und unser geliebtes Sachsen zu den sieben östlichen Provinzen zählt, in denen das preussische System besonders brutal ausgeprägt ist. Zweitens, daß in unsern Städten der Kommunalliberalismus herrscht, der das in seinen kleinsten Fortschritten, das das ganze System im großen Maßstab. So ist denn der Ring geschlossen, der Druck vollkommen. Was aber zur Niederhaltung der arbeitenden Klassen durch lokale Mittelchen wirklich noch ausreicht, ist dies, das das das besondere Hallische liberale Stadtrégiment besitzt. Die getrennte Wahl der proletarischen Nordbezirk, die Verschleppung und Verteilung der ganzen Wahl auf drei Tage sind nur zwei Beispiele dafür. Doch das System ist auch hiermit noch nicht erschöpft. Es kommt als letztes Glied der Terrorismus hinzu, der wohl nirgends so brutal gehandhabt wird wie von den Hallischen „Nationalen“. Die Verteilung der öffentlichen Wahl auf drei Tage ist ja extra zu dem Zweck gemacht, die ersten beiden Tage zu können, wie der Gasse läuft, um dann für den dritten Tag den Druck zu lassen, der alle abhängigen Leute zur Rettung der Stadt vor den Wahlen an den Wahlgang jagt. So werden bei uns „Wahlen“ bittlich!

Wahlergebnisse sind eingetrickelt nach dem Willkür der Wahlleitung. Der Zweck einer Wahl sollte sein, die Anschauung der Bürger festzustellen und dementsprechend die Zusammenfassung der gewählten Körperschaft ermöglichen. Zu das bei der Hallischen Kommunalwahl der Fall? Unterem gleichen Recht (zum Reichstag) wählt Halle sozialdemokratisch, weil hier das Wahlsystem gesichert ist und deshalb der nationale Terrorismus unwirksam bleibt. Hier offenbart sich die wirkliche politische Bewegung. Aber unterem öffentlichen Klassenkampf erpreht man bisweilen auch für die breite Klasse eine „nationale Mehrheit“, so daß die tatsächliche Mehrheit des Volkes um eine gebührende Vertretung geprellt wird. Diese Mehrheit ist der Zweck der Dreiklassenwahl, kein Wunder, wenn man überall auf einen furchtbaren Mangel an Weigerung und opferfähiger Arbeit für die Wahlen sieht. Dummheit und Stumpfsinn sollen herrschen, so will es das System, auf daß die Claqueurherrschaft der Hausbesitzer und Beamtenonkelntum möglichst ungehindert im Dunkeln bleibe.

Doch auch die Aktion um des Interesses führt ein lastendes Merkmal ist nur bis zu einem gewissen Grade möglich; es kommt einmal die Zeit, wo die brutale Entziehung aufreißend wirkt — dann wird Abrechnung gehalten. Dann werden sich die geprellten Wähler aufrufen, aufbäumen und ihre Rechte erziehen. Da wird auch einmal der nationale Terror vorfallen. Es liegt jetzt an den dreiklassigen Wählern, dem Stadtrégiment durch ihre Abstimmung eine Warnung zu erteilen — überspannten Bogen nicht! Es ist eine Schmach für Halle, daß sich die Kommunalbeamten rühmen können, belände die einzige bedeutende und industrielle Großstadt in der Gewalt zu haben, die es noch verstanden hat, die Sozialdemokratie um eine nennenswerte Vertretung zu bringen. Wie lange soll das noch so bleiben? Glauben die kommunalen Wähler, diese Stellung der härtesten Partei, diese Rechtslosigkeit der wichtigsten und bedeutendsten Bevölkerungsklasse würde anscheinend und „berühmte“ zwischen den Klassen? Der Traum wird einmal ein unangenehmes Ende

nehmen! Gelingt es auch diesmal wieder, der Sozialdemokratie die zur Wahl stehenden Elige der dritten Klasse vorzuenthalten, so ist das wohl ein Unglück für die schaffende Bevölkerung, aber eins, das den Keim zu seiner zukünftigen Verwendbarkeit in sich trägt. Ein solch neuer Weichenschlag würde die Energie der geschlagenen Klasse aufstacheln müssen, nun erst recht für die Sozialdemokratie zu arbeiten und zu wirken — und das ist ja letzten Endes überhaupt der einzig mögliche Weg zur Selbstbefreiung der Arbeiterklasse. Nur wenn die unterste soziale Klasse sich aufrufft, spürt und ihre Organisation so tüchtig macht, daß sie Macht gewinnen kann, erst dann und erst dadurch ist es möglich, die Gemeinde in eine soziale Organisation umzuwandeln. Die bestehenden Massen könnten das nur bei Strafe der Nachtunbarmung tun, was unmöglich ist. Ein gleiches Maßrecht wäre uns Spielzeug der Möglichkeit zur Sozialisierung der Kommune. Der Druck aber eines so brutalen und schändlichen Klassenrechts läßt und erstickt auf Jahrzehnte alle wirksame Maßnahmen. Doch die menschliche Entwicklung steht nicht still, im Gegenteil, ihr Tempo wird immer rasender. Darin liegt die Gewähr auch für den sozialen Aufstieg eingeschlossen. Strittig ist nur, wann der Zeitpunkt eines Schrittes nach vorwärts und aufwärts gekommen.

Die Sozialdemokratie fordert von der Hallischen Stadtverwaltung nichts Unmögliches. Sie weiß, daß nicht die Stadt das gleiche Maßrecht und die gleiche Weichenstellung kann. Das hat sich das schaffende Volk vom preussischen Staat zu ertragen. Aber wir haben von den Hallischen Gewalttätern zu verlangen, daß innerhalb der Grenzen des Klassenrechts sozialen Gerechtigkeit wolle. Und auch Verurteilung! Die Stadtverwaltung soll mit ihrem System des abgemessenen Volksbetrugs brechen! Man fähle nicht bewußt und von vornherein das Wahlergebnis. Man spalte nicht den Bezirk vor. An sondern lasse für die ganze Stadt an einem Tage (in genügend vielen Wahllokalen) wählern. Man wähle an einem geschäftlichen Ruhetage! Man organisieren und fördere nicht den schmachvollsten Terrorismus, sondern ver hindere ihn. Brenne ihn aus! All das und vieles andere wäre heute schon möglich, wenn der herrschende Hallische Liberalismus die Klassenentziehung mildern anstatt verschärfen wollte. Aber seine Claqueur treiben rücksichtslos Wahlpolitik, darum bleibt nichts anderes übrig, als ihr mit demselben Ziele zu begegnen. Korrekt schäben die Gewaltüber die Macht der schaffenden Klassen geringe bis haben keine Furcht vor ihr. Sie glauben, aus der bisher offenkundigen Schuld den Schulz ziehen zu dürfen, den Beherrschten alles bieten zu können. Sie folgern: wenn sogar im furchtbaren Halle die Wahlberechtigten auf der Straße schodweise blutig niedergeschlagen werden können; wenn die Justiz die Geschlagenen dann noch sicher verurteilt und ins Gefängnis schiebt; wenn die gesamte Arbeiterbewegung rücksichtslos mit andern Maße gemessen werden kann als andere Klassen — wenn das alles in Ruhe und „Ordnung“ möglich ist, so darf man die Arbeiterklasse auch weiter zudrängen um eine wirkliche Vertretung in der Stadtfratze betreiben. An die „gesetzlich geregelte“ Antwort der Drangsalter, an den sozialdemokratischen Wählern bei den Reichstagswahlen hat man sich getöndert; Quapfische bleibt, daß man die kommunalen Festungsmauern hier unübersteigbar ausbaue und mit Stachelndrath besetzt halte. Das ist wertvoller, das ist nahhaft, da blüht das Claqueurgeschäft. Man fähle sich so sicher, daß man nur Lohn und Fugstritte für die Forderungen hat, die die Sozialdemokratie im Namen der Arbeiter, im Namen der Besitzlosen, der Armen, der Bedrückten, der Arbeitslosen erhebt. Man hebt den Kopf in den Wind und will nicht sehen, daß diese Forderungen allgemein zur Lebensfrage der schaffenden Klassen werden. Begriffen die macht habenden Claqueur, daß die Gemeinde eine demokratische Organisation für die soziale Fürsorge sein sollte, so hätten sie auch eine Spur eines sozialen Bewusstseins. So oder ist ihr eigenes Programm (siehe 3. u. 4. das Flugblatt der Bürgervereine) leiblich! Altwort der Sozialdemokratie. Niederhaltung der Ansprüche der schaffenden Klassen. Gelingt das wiederum, so bleibt die Kommunalverwaltung das ungeheuer herrschende Machtinstrument für die Interessen der Besitzenden und der Beamten.

Die Sozialdemokratie weiß, daß sie selbst mit einem größeren Maßfolge nicht ohne weiteres die Tendenz der preussischen Wahlpolitik umbiegen kann — da gilt es erst, mit dem Staate abzurechnen. Sie würde im denkbar ungünstigen Falle so überhaupt nur einmal die dritte Klasse besiegen können, diese also immer auf die Kinderzeit eines Drittels beschränkt. Aber sie

würde durch eine starke Vertretung ein vorwärtsbewegender sozialer Faktor sein, dessen Kraft nicht auf der Zahl der Mandate, sondern auf der Macht der draußen stehenden Volksmassen beruhte. Und darauf kommt es im gegenwärtigen Augenblick an. Wenn die Massen der Wähler jetzt nicht zur Wahl gehen und sozialdemokratisch wählen, wenn sie nicht durch kommunale Wahlpolitik im Sinne der Besitzlosen treiben, dann ist der Stolz Stadtrégiment überhaupt nicht von der Stelle zu bewegen. Dann bleibt eben nur der eine furchtbare Weg: es muß noch toller und noch schlimmer werden, ehe es besser wird.

Soffen wir, daß die Klassen das erkennen und danach handeln.

Kampf gegen die Tuberkulose.

Die Tuberkulose ist die Krankheit der Armen. Schlechte Ernährung, überfüllte und ungesunde Wohnung, gezwungene Arbeit mit starker Staubentwicklung fördern sie in hohem Maße. Auf der andern Seite kann die im Entstehen begriffene Krankheit durch sorgfältige Pflege, die nur unbedeutend aus dem Leben in reiner, guter Luft gehört, vollkommen ausgeheilt werden. Aber leider sind die arbeitenden Schichten nicht in der Lage, sich während gesunde Luft und ausreichende Ernährung zu verschaffen. Besonders können sie für einige Zeit eine Lungenerkrankung aufsuchen, dann müssen sie wieder in ihren Beruf hinein, und bald darauf ist das alte Glied wieder da. Es ist eben unter den heutigen Umständen nicht möglich, die Lebensbedingungen der Arbeiter zu ändern, so gut wie gehalten, daß durch sie der schädliche Einfluß der gewöhnlichen Arbeit einigermaßen aufgehoben wird.

Nicht einmal so viel ist zu erreichen, daß die Krankheit auf das eine von ihr betroffene Familienmitglied beschränkt bleibt, daß sie sich nicht auf die Kinder überträgt; besonders dann nicht, wenn die Eltern tuberkulös sind. Die engen Wohnungen machen die notwendige peinliche Sauberkeit unmöglich, das enge Zusammenleben oft vieler Menschen in einem Raum begünstigt die Weiterverbreitung der Schwindkrut. Einen deutlichen Beweis dafür, wie sehr die Wohnungsverhältnisse die Tuberkulose beeinflussen, geht aus einem Statistiken hervor, die Professor Dr. Wölfe in seiner Abhandlung „Ein Fall von Tuberkulose in der Lage a u. b. die Tuberkulose“ mitteilt. Nach Untersuchungen von Hamburg und Montt zeigten sich 90 Prozent aller untertunten Wiener Kinder von 12—13 Jahren schon tuberkulös infiziert!

Auf Grund seiner Befunde kommt Hamburger zu den Schlüssen, daß erstens die Infizierung eines am Leben noch wohnenden Tuberkuloseinfektion (Anfektion) im Kindesalter von Jahr zu Jahr steigt, und daß zweitens im Kinderaltersalter fast alle Kinder der ärmeren Stadtbewohner bereits mit Tuberkulose infiziert (angefekt) seien. Römer beantwortet auf Grund der Brauer-Reaktion die Frage, wann die erste Anfektion an Tuberkulose erfolgt, behauptet, daß dies in der Kindheit der Fall sei, und daß bis zum Eintritt des sechzehnjährigen Alters mehr über die Hälfte der Kinder an Tuberkulose reagierte, so folge, daß die Anfektion der Wehrkraft der Kinder mit allergrößter Wahrscheinlichkeit im Hause, in der Wohnung, in der Familie stattfindet.

Gerade die Tatsache, daß die Kinder so stark bekräft sind, muß die Arbeiterkreise, die Wähler betanfallen, denn Kampf gegen die Tuberkulose große Aufmerksamkeit zu schenken und durch Förderung der Wohnverhältnisse, der Konsumvereine und schließlich vor allem der Partei dazu beitragen, daß die Lebenshaltung der Schicht, der sie selbst angehören, verbessert wird.

Die ungünstigen Ergebnisse werden aber nicht etwa nur in den Städten ermittelt. Mehrfache Resultate finden sich auch auf dem Lande, dort, wo schlechte Wohnungsverhältnisse sind. Aber in den Städten wird die Weiterverbreitung der Tuberkulose noch dadurch unterstt, daß bei den häufigeren Wohnungswechsel ein Kranter nachander mehrere Wohnungen infiziert, und daß sich die Krankheitskeime auf die nächsten vielleicht bis dahin gefundene Wohnungsinhaber übertragen, da natürlich niemand daran denkt, die Räume vorher einer gründlichen Desinfektion zu unterziehen.

Insbesondere ist die Wohnungsverhältnisse nicht der einzige Urheber der weiten Verbreitung der Tuberkulose, aber das eine gesunde Wohnungsapolitik den Kampf gegen die Tuberkulose sehr wirksam unterstützen kann, geht aus den Beobachtungen englischer Ärzte hervor. Sie glauben nicht, daß die Desinfektionsbehandlung die Partei Bekämpfung der Tuberkuloseherde nicht erfolgreich werden darf, sondern behaupten, daß „durchgreifender Reform der öffentlichen Gesundheitspflege und der Wohnungsfrage für soziale sowie der fortwährenden Gebung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes“. Dr. Wölfe selbst kommt in seiner sehr interessanten Untersuchung zu dem Schluß: „Die Tuberkulose als sozial bedingte Krankheit kann erfolgreich nur durch soziale Maßnahmen bekämpft werden.“ Und er sagt weiter, daß die Tuberkulose eine Fragefrage ist und eine Wohnungsfrage, und daß alle Maßnahmen, die geeigneter sind, eine Verbesserung der Nahrungsart und eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse herbeizuführen, auch viel mehr als ein höherer Umfang angestrebt werden müssen. Aber wieder über erbet um eine gerade entgegengekehrte Politik verfolgt: anstatt einer Verbesserung der Lebensart werden die Preise durch Höhe und Einfuhrverbote hinaufgedrückt; die Steuern sind hoch und dazu sind von so vielen notwendigen Konsumartikeln Abgaben zu entrichten, daß die Arbeit für Wohnung, Ernährung und Kleidung bleibenenden Summen viel zu niedrig sind, als daß sie eine einwandfreie Ernährung und nur einmagernden der Verlebensart entsprechende Wohnräume gewöhnlichen könnten. Kommen nun noch schlechte Zeiten, sind der Lohn oder der Erndter der Familie arbeitslos, so muß die Tuberkuloseherde natürlich naturgemäß in noch höherem Maße um sich greifen, trotz dieser noch nachschärfen



haben und unerfreulichen Ausblick fürchten sich Kommunen und Staat aber noch immer davon, in der Frage der Arbeitslosenfrage auch nur einen Schritt weiter zu tun. Man kommt nicht über die „Erregungen“ hinaus. Bisher ist nur ein Schritt in einer Weise gemacht, die das man sie nicht mehr ignorieren kann.

Die Säuglingsfürsorge setzte ein, nachdem die Säuglingssterblichkeit in erfreulichem Maße genommen wurde. Und es scheint fast, als ob der Tod auch unter den Tuberkulösen eine ähnlich reiche Ernte hätte mit sich gebracht, wenn die soziale Krantheit in ihren Ursachen energisch zu bekämpfen.

Politische Uebersicht.

Salze (Saale), 6. November 1913.

Unwahrscheinliches Gottesgnadentum.

Bayerische Königsmaximilian mit eigenem Umrath.

Am Schluß der Dienstagssitzung wurde der Abgeordnetensammler nicht bemerkt, daß er am Mittwoch früh die Königsproklamation ausgeben und dann die Sitzung mit der angebotenen Tagesordnung ausfallen würde. Die Tribüne, so wird aus München berichtet, war darum leer, selbst die Journalisten waren zum Teil abwesend, als sich der Mittelwegstakt in wenigen Minuten in der Abwesenheit der Sozialdemokraten vollzog. Diese Verkündung der Königsproklamation zur Kenntnisnahme war eine deutliche Kundgebung des mit parlamentarischer Genehmigung erneuerten „Gottesgnadentums“. Der König aus eigenem Recht hat seine Willkür abzugeben zur Information, nicht zur Zustimmung. Darum ist es ein gängiges freies Vorgehen, wenn man nachträglich am Donnerstag nachmittags die Abgeordnetensammler ihre Zustimmung zu den Gründen der Ablegung des Königs Chlo geben soll, denn jetzt regiert der König Ludwig bereits reichlich, er hat dem abgeleiteten König die königlichen Titel und Ehren belassen, er hat bereits eine Amnestie verkündet, die erheblich weiter geht, als man das in den letzten Jahren im Deutschen Reich gewohnt ist.

Daß die Geisteskrankheit des bisherigen Königs immer genug ist, daran ist kein Zweifel. Mittwoch vormittag empfangen Abgeordnete vertraulich — die einzelnen Exemplare waren mit Kontrollnummern versehen — die beiden letzten ärztlichen Gutachten über den Zustand Ottos, die ein schauerliches Bild völliger Verblödung und Verkümmern des Verstandes zeigten. Der 37 Jahre lang König von Gottesgnaden gewesen ist. Nur ein Auszug aus diesen Gutachten wird der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die mehr die Liberalen in ihren Forderungen hinsichtlich der Minimierung des Landtags an dem Regensburgerhof gestützt worden sind, um so fruchtbarer bemüht sich ihre Presse, an Doyennismus von niemandem sich überlassen zu lassen. Sie suchen den Verstand zu erweisen, als ob Bayern von einem Volksrecht besessen sei. Davon merkt man außerhalb des Zeitungspapiers aber das mindeste. Die Aufzählung der Mitglieder des Reichstages, die Häufigkeit und die Unklarheit, ist nur sehr mühsam befolgt worden und nur zu der letzten Sitzung. Die an den Reichstagen prälaten Proklamation mit ihren letzten Betörungen des Gottesgnadentums wird kaum gelesen.

Am nächsten Tage wird die Bereinigung des neuen Königs vor einer Landtagskommission stattfinden, in die auch drei Sozialdemokraten entsandt werden sollen. Dann beginnen die Kämpfe um die Bibel.

Sozialdemokratischer Protest. Unsere Mitglieder Genossen hatten zu Dienstag eine Volksversammlung nach den möglichen Räumlichkeiten einberufen, um auch dem Wohl Gelegenheit zu geben, zur Königsfrage Stellung zu nehmen. 6000 Personen füllten das Lokal. Genosse Landtagsabgeordneter Adolf Müller sprach unter großem Beifall über die Königsfrage. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an:

Die von 6000 Personen besetzte Versammlung im Münchener Städtelhof erkennt an, daß durch die jetzt Gesetz gewordene Königsveränderung unzulässig mit dem Grundgesetz des Deutschen Reiches verstoßen worden ist, und daß es nach diesem Grundgesetz keine Schenkung der Krone mehr geben kann, durch weitere Verfassungsänderungen Reformen durchzuführen, die klare Verhältnisse schaffen und die eines nützlichen Volkes allein würdige demokratische Staatsordnung herbeiführen. Am so entscheidenden Protest erhebt die Versammlung gegen die zweideutigen Erklärungen des Ministerpräsidenten v. Hertling über die Minimierung des Landtags bei der Denkwürdigkeit der Regensburger, die im Reichstag im Sinne eines wieder eingetragenen Gottesgnadentums verstanden werden sollte. Wenn eine Proklamation des Königs bewerkstelligt werden sollte, bevor der Landtag seine Zustimmung erteilt hat, das ist ein nachlässiges Vorgehen, welches nicht, so wäre das eine Zerschlagung der Reichsverfassung, die durch die Verfassung unzulässig eine Beeinträchtigung der neuen Monarchie, die sich ohne den Volkswillen und die Volkswürde nur aus eigenem Umrath proklamieren würde. Die Versammlung nimmt Kenntnis davon, daß die Zentrumspresse die Absetzung des Königs Otto als einen parteipolitischen Erfolg des Zentrums würdigt, einer Partei, die ihre angeblich heiligsten Grundgesetze binnen sechs Monaten von Grund aus umgestürzt hat. Die Versammlung lehnt endlich entschieden jede Erhöhung des königlichen Gehaltes ab, deren Forderung eine ehrenhafte Regierung in diesen Zeiten schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis niemals hätte vertreten dürfen. 75 000 Mark für unzulässige Arbeitslose und anderthalb Millionen mehr für einen einzigen Mann sind zu fordern, das erhöht die Verschwendung als unerbittlich mit dem sozialen Gewissen des Staates.

Die fliegenden Opferwilligen.

Je näher der Termin herankommt, an dem die Weisenden in den Beutel greifen müssen, um den Wahlbeitrag zu entrichten, desto betrübter und ärgerlicher werden sie. Von der anfänglich so viel gepriesenen freudigen Opferwilligkeit ist schon nichts mehr zu merken. So klagt die Zeitung:

Bei der bekannten Unmöglichkeit der finanziellen Beizahlung in den verschiedenen Bundesstaaten wird es bis zur Entzweiung an die Reichssteuerordnung noch viel Arbeit geben und — vielen Unwillen. Wir sind gar nicht im Zweifel, daß je näher der Termin für die praktische Auflegung der Vermögensverhältnisse herankommt, desto weiter die Einsicht Boden gewinnen wird, es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn man die bis jetzt aufrecht erhaltenen Vorschläge der Kommissionsmitglieder in den Bundesstaaten eine größere Bewegungsfreiheit in der Abrechnung der Reichssteuer zugestanden worden wäre. Die theoretischen Vorschläge sind den Behörden auf den verfassungsmäßigen Grundlagen unter

Finanzpolitik sind von konservativer Seite der Öffentlichkeit unzulässige Male vorgehalten worden; die letzten Auswirkungen der Interrogation der finanziellen Selbstständigkeit der Bundesstaaten werden genügt genug sich einstellen.

Der Bundesrat der preussischen Kammer ist zu verstehen. Wenn man es dem sogenannten preussischen Landtage überlassen hätte, eine Reichssteuer für das Reich zu machen, dann hätten es die Konservativen vielleicht verstanden, noch eine kleine Beibehaltung für sich herauszufinden.

Noch mehr Dänen-Drangsalierung.

Bei dem Abschiedessen für den Landrat Arlander in Sønderbo, der in das preussische Ministerium des Innern berufen wurde, hielt der Regierungspräsident von Schleswig eine Rede, in der er direkt mit Ausnahmebestimmungen gegen die Dänen drohte. Nach Ansicht des Regierungspräsidenten ist die Agitation der Dänen „heraus zu führen“ geworden, doch ihre Einschränkung im Interesse des Deutschtums zu einer „unabwiesbaren Notwendigkeit“ geworden sei. Mit dem Plantenvertrag sei den Dänen ein ganz besonderer Vertrauensbeweis gegeben worden. Die Agitation der Regierung war aber nicht, „Reichsfeinden“ ein Heim zu schaffen, vielmehr glaube man, daß die Naturalisierten sich ruhig verhalten würden. Diese Erwartungen seien getäuscht worden, die Agitation sei im Gegenteil schlimmer und schlimmer als je, deshalb müßte nur der Ausweg scharfer Gegenmaßnahmen übrig.

Das Verbot an den Dänischen, in norddeutscher Sprache über seine Expedition wissenschaftlich zu berichten, gehört wohl bereits in diesen neu veränderten Verhältnissen.

Der Gendarm herrscht!

Die bürgerliche Presse meldet folgendes aus Berlin: Vor dem Obergericht stand der Gendarmetriche nachmeister Kallisch, der sich wegen Freiheitsberaubung, Verleumdung, Verwundung, vorstrafwürdiger Behandlung usw. zu verantworten hatte. Kriminalkommissar Raumann, der vom Polizeipräsidenten in Richtung eines geheimen Auftrag an den Untersuchungsrichter Extrapost hatte, war von dem Gendarmetriche Kallisch, bei dem er sich nach der Wohnung des Amtsvorrichters erkundigte, festgehalten und nach Einlieferung in das Gendarmetriche nachmittags trotz seines Ausweises als Kriminalkommissar, einem widerrechtlichen Verhör unterzogen. Hierbei bedrohte ihn der Gendarmetriche nachmittags unter andern auch grundsätzlich mit dem Säbel. Der Angeklagte redete sich darauf hinaus, daß er glaubt habe, es mit einem falschen Kriminalkommissar zu tun zu haben. Das Obergericht erkannte auf Freisprechung des Angeklagten.

Somit der Bericht. Er beleuchtet die preussische Herrschaftszustände im Jahre 1913 bis aufs Haar. Polizei und Gendarmetriche sind Autoritäten, die tun und lassen können, was sie wollen. Sie brauchen nur „überzeugt“ zu sein, sie seien im Recht, dann blüht auch der offenkundigste Verstoß gegen die Strafrechtsgesetze.

Spielerei der Fleischquets-Kommission

Als Vertreter der Fleischquets-Kommission hat der Abgeordnete Wendhoff der Fleischquets-Kommission angehört. Ueber die Arbeiten der Kommission macht er in der Offizierszeitung einige Andeutungen, die bestätigen, daß die Kommission den Kernpunkt in der ganz frage geistlich aus dem Wege genommen ist. Herr Dr. Wendhoff schreibt:

Die Kommission darf nach allem für sich beanspruchen, das ihr gestellte Thema mit deutscher Gründlichkeit und mit sachlicher Methode behandelt zu haben — nur schade, daß dies Thema an den wahren Ursachen der Fleischsteuerung und an den geeigneten Mitteln zu ihrer Hebung vorbeigeht. So gewiß alle Beratungsgegenstände preisbildende Momente betreffen, so gewiß war der preisbestimmende Hauptfaktor von der Behandlung ausgeschlossen: das Verhältnis von Angebot und Nachfrage.

Nur beiläufig konnte darauf hingewiesen werden, daß die ungenügende Viehhaltung gegenüber der wachsenden Bevölkerung und dem steigenden Bedarf die wirkliche Ursache der Steuerung ist. Dieses Uebel an der Wurzel zu packen, dazu genügt allerdings nicht eine noch so gründliche und sachliche Kommissionsberatung über allerdings kleinere Symptome des Übels. Dazu bedarf es einer energiegelbten zehnten Tat, bedarf es des Durchsichtes mit unferer großartigen Politik, bedarf es billiger, solitärer Futtermittel, bedarf es der Verbilligung der Viehzüchtenden Bauernwirtschaften, bedarf es einer planmäßigen, wahrhaft „kraftvollsten inneren Kolonisation“.

Daß die Kommission in ihrer Art fleißig gearbeitet hat, das soll nicht bestritten werden. Als aber die Kommission eingeleitet wurde, glaubte man, daß Mittel und Wege gefunden werden sollen, um eine billigere Versorgung des Volkes mit Fleisch herbeizuführen. Die Frage, wer am meisten zur Fleischherstellung beitragen, noch zunächst nur von sekundärer Bedeutung: gerade dieser Frage sollte die Kommission ein besonderes Interesse gewidmet zu haben, und dieser Ansicht besonders konnte es nicht ausbleiben, daß als Ergebnis der Beratungen eine ganze Fülle von Vorschlägen dargeboten werden, die an dem bestehenden Notstand nicht das allermindeste ändern. Ueber die Ursachen der Fleischsteuerung ist man sich in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes vollkommen klar und man hatte erwartet, daß diese Ursachen beseitigt würden. Statt dessen bleiben die Ursachen bestehen und die Kommission hat ihre Zeit auf die Behandlung von Fragen verwendet, deren Beantwortung keineswegs die dringende war.

Eine kleine Bauernrevolte

ist in dem Dorfe Nieder-Salzburn bei Waldenburg in Schlesien ausgebrochen. Seit einigen Tagen herrscht in einigen Gehöften die Maul- und Klauenepidemie, und der Regierungspräsident hat bereits in mehreren Fällen angeordnet, daß das frische Vieh abgeschlachtet werden soll. Das ist bereits auf elf Gehöften geschehen. Im Gegenwart der Viehdiebe und der Tierärzte wurde das frische Vieh sofort begraben, das gesunde aber doch zum Verkauf freigegeben. Die Viehdiebe geschlachten Tiere wurden im Sandbühnen zum Seufelationshof. Bei dem herrschenden Viehmangel kauften die Händler zunächst das freigegebene Vieh zu Spottpreisen auf, um es nachher zu hohen Preisen an die Metzger weiterzugeben. Schon darüber waren die Landwirte sehr erregt und es kam mit den Händlern zu lebhaften Auseinandersetzungen, als ihre Manipulationen bekannt wurden. Die Erregung erreichte aber am Montag ihren Höhepunkt, als auf Anordnung des Regierungspräsidenten wiederum mit der sofortigen Tötung von 43 Rindern und 35 Schweinen auf drei Gehöften begonnen werden sollte. Die Bauern drängten die Beamten hinaus und besetzten die Häuser und Ställe. Die Bevölkerung nahm für die Landwirte Partei und unter großem Hallo mußten die Beamten und Metzger sowie Händler trotz polizeilicher Unterstützung abziehen. Bis zur Stunde sind weitere

Maßregeln nicht angeordnet. Im allgemeinen hält man die Anordnung des Regierungspräsidenten für viel zu hart. Die Bauern sind der Meinung, daß das frische Vieh durch strengere Vollziehungsmaßnahmen noch gerettet werden könne. Da die Suche überhaupt erst seit einigen Tagen besteht, ist man über die schnelle Abreise des Regierungspräsidenten besorgt. Die Behörden fassen wie die betroffenen Landwirte, haben die Hilfe des Landwirtschaftsministeriums angetragen. Das Ganze ist auch ein bezeichnendes Bild für unsere herrliche Zeit.

Deutsches Reich.

— Nationalliberale für ein Justizhausgesetz. Der Landesausführer der Nationalliberalen für Thüringen, wie auch der für Pommern, haben sich über die Frage mit der Frage des Justizhausgesetzes befaßt. In beiden Verammlungen erklärte man sich für einen solchen Entwurf.

— Die Vertiefung des Volkshauses macht in Preußen immer weitere Fortschritte. Das sieht man besonders an der Beförderung der hauptamtlichen Kreis-Schulinspektoren. Der Volkshaus wird durch einen Sachmann geschrieben:

„In den letzten 14 Tagen sind nicht weniger als vier hundert vier hauptamtlichen Kreis-Schulinspektoren ernannt worden. Die meisten sind in die Kreise der Provinz Westfalen (Walther Frenzel), Ostfalen (Vogel), Kreis Niederrhein in Ostpreußen (Walther Frenzel), Ostfalen (Vogel), Kreis Niederrhein in Ostpreußen (Walther Frenzel) ernannt. Vierzig Jahre alt; ein Oberlehrer von 40 Jahren, der 16 Jahre im Volkshausdienst geblieben hatte und mit allen einschlägigen Fragen vertraut war, wurde ernannt. Die meisten sind in die Kreise der Provinz Westfalen ernannt. Die meisten sind in die Kreise der Provinz Westfalen ernannt. Die meisten sind in die Kreise der Provinz Westfalen ernannt.“

— Betriebsabgabe für Apotheken? Die preussische Regierung bereitet die Neuordnung des Apothekenwesens vor. Man hätte erwarten sollen, daß die Regierung zum Schutze der reinen Personal-Konzeption übergegangen wäre, dem einzigen Weg, auf dem der Apothekenbesitzer besterhalten werden könnte. Statt dessen wird über die Betriebsabgabe aufgelegt. Damit würde man den bestehenden Mißstand nicht beseitigen, sondern noch verschlimmern. Allerdings haben die Apotheker einen sehr energischen Fürsprecher ihrer Interessen im Ministerium. Dieser Herr Minister erklärte dem Reichstag, daß er sich nicht für die Betriebsabgabe auflegen lassen werde, wenn die Minister darüber im Einverständnis sind.

— Mißstand gegen die Einfuhrschneide? Seit einiger Zeit weilt ein russischer Vertreter der russischen Einfuhrschneide in der Schweiz in Oltschen, angeblich um die wirtschaftliche Lage der russischen Arbeiter zu erforschen. Tatsächlich soll aber dieser Angehörige feststellen, welche Folgen für die deutsche Landwirtschaft entstehen würden, wenn die russische Einfuhrschneide in den Grenzgebieten des Reiches freigegeben würde. Er sollte nur zu inselstündlichen Vertiefungen der Einfuhrschneide beitragen, die diese Stoffe gelegentlich der fünfjährigen Handelsverträge zu verwenden, um bestimmte russische Forderungen durchzusetzen. An erster Stelle will die russische Regierung die vollständige Befreiung der Einfuhrschneide, die den Ertrag der Getreideernte in den Ländern der Agrarier leiten, an Fall zu bringen, dann wäre das einmal eine Leistung des agrarischen Abgeordneten, die man sich gefallen lassen könnte.

Frankreich.

Dem Ende zu. Am Dienstag hat mit der Wiedereröffnung des Parlamentes die letzte Session dieser Legislaturperiode begonnen. Die Verhandlungen über den Budget der Jahre 1914 und 1915, die noch aus Paris in Paris, als während der bald abgelaufenen Legislaturperiode gefahren hätte sollen und nicht gefahren ist — und das ist nicht wenig — soll nun schnell im Hinblick nachgeholt werden. Dazu kommen noch die leidigen Fragen des Alltags: das Budget und das drum und dranhängende Defizit.

Das Defizit ist eine Milliarde groß, wozu die dauernde Steigerung der laufenden Ausgaben durch die Militärausgaben kommt. Man, d. h. die Tageskapitalistische Presse, spricht von einer Anleihe. Eine Anleihe ist so immerlos für die großen Geldsäcke. Während Steuern schreien sind, und nun ganz Steuern nicht von den Wahlen! An indirekten Steuern zur Deckung des Defizits kann jetzt nicht gedacht werden. Was würden die Wähler sagen! Und direkte Steuern können nur von denen genommen werden, die etwas haben. Die wollen aber nichts hergeben. Militärausgaben sind ja sehr schön, wenn man sie nicht zu bezahlen braucht. Der Temps schlägt deshalb vor, eine Anleihe aufzunehmen, und zwar, damit es auch für eine Weile langt, eine Anleihe von zwei Milliarden! — So aus dem Ganzen.

Und so bumm ist das vom Temps nicht. Denn dadurch werden die großen Geldsäcke nicht nur geholt, der Staat muß ihnen noch 80 Millionen jährlich Zinsen zahlen, die man ja an den Wahlen durch eine indirekte Steuer auf die armen Leute abwälzen kann. 80 Millionen mehr oder weniger, das merzen die doch nicht. . . .

Ob die Regierung auf diesen Plan hereinfallen wird, ist zur Stunde noch unbekannt. Man weiß nur, daß sie in mehreren Sitzungen sich mit der Steuerfrage und dem Budget beschäftigt hat. Ueber die Fortschritte der Regierung soll erst dem Parlament selbst Mitteilung gegeben werden. Herr Barthelemy, welcher noch nicht ganz sicher, wobei der parlamentarische Mindesteinhalt . . . Herr Barthelemy Superiorität besteht in der Bewältigung seiner Ansichten, die von einer schmeibigen Senat manifestiert ist. So hat er während der Ferien zunächst den Ministerialen, seinen getreuen Helfern bei der Militärausgaben, Konzeptionen gemacht. Darüber erhoben die Ministerialen ein großes Geschrei und schickten sich zum Sturm auf die Regierung an. Flugs warf Herr Barthelemy das Steuer der Regierung nach der antikerfalten Seite. Er läßt antindigen, daß die Regierung zunächst die ununterbrochene Durchberatung aller auf der Tagesordnung stehenden antikerfalten Gesetzesvorlagen verlangen werde. So wird er es wohl auch in der Steuerfrage machen.

Am übrigen wird man wohl wieder ein wenig von der Proportionalität reden, was freilich nicht an der Sache ändern wird, daß sie vor den Wahlen eine Aufsicht hat. Herr Chéron, der Arbeitsminister, hat die Proportionalität zur Verwirklichung des Altersversicherungsgesetzes angehängt. So etwas ist für die Wahlen sehr gut. Der Senat wird schließlich in letzter Stunde die Steuerreform verurteilt zurückzuführen und die Kammer wird sie schließen. Alles im Hinblick auf die Wahlen. Denn die Wahlen sind es, die diese letzte Session beherrschen werden.

Die zerstreuten Unabhängigen. Am 1. und 2. November hielt, wie man uns aus Paris schreibt, die sozialistische-republikanische „Partei“, als „unabhängige Sozialisten“ bekannt, in Grenoble ihren Kongreß ab. Diese Partei setzt sich zusammen aus kleinbürgerlichen Elementen, die von den Sozialisten und den Radikalen kamen. In der Kammer hat sie 37 Vertreter, ungeachtet Briand, den die 37 nicht wollen. Selbst die nicht! Das sollte anders werden. Herr Briand wollte seine drei „Partei“ seine Politik und der Parlamentsstation keine wertige Persönlichkeiten aufzwingen, die Parlamentsstationen.

tion, die sehr genau weiß, daß hinter den Kongreßbeschlüssen keine Organisation steht, antwortete auf die Einladung mit dem Votum. Nur Herr Kaganeur ging hin. Das Ende vom Liede — und wahrscheinlich auch dieser sonderbaren Partei — war, daß Herr Kaganeur, gefolgt von 47 Getreuen, die Lücke hinter sich aufschlug. Ihrer 61 Männlein blieben als „Kongreß“ zurück. Man wählte eine „brüderliche“ Leitung und ging heim. Hoffentlich ist dieser Hemgang ein endgültiger.

England.

Steuererweiterung als Kampfmittel gegen die Homerule.
In Belfast wurde in einer Versammlung von über 8000 Geschäftleuten, die ein Kapital von fast 100 Millionen Pfund Sterling betreiben, einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Zahlung sämtlicher Steuern verweigert wird, sobald irgend ein Versuch zur Anwendung der Homerule-Vill gemacht werde, und in der die Sympathie mit der Organisation von Freiwilligen für Ulster ausgedrückt wird.

Balkan.

Ein neuer serbisch-bulgarischer Konflikt. Da die serbischen Militärbehörden an der Grenzzone von Egri-Kalanka am 2. November Ansprüche auf den bulgarischen Posten Laßtepe erhoben und militärische Vorbereitungen zu seiner Besetzung trafen, hat die bulgarische Regierung, in dem Wunsch jeden Zwischenfall vorzubeugen, „der schwere Folgen nach sich ziehen“ könnte, die russische Gesandtschaft in Belgrad ersucht, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Sofia, 5. November. Die bulgarische Regierung übermittelte dem griechischen Gesandten eine Note, in welcher gegen die barbarische Behandlung, welcher die bulgarischen Gefangenen durch die Griechen unterworfen seien, energisch protestiert wird. Die bulgarische Regierung erklärt, schließlich, sie verlange hierfür Genugtuung und werde sich für den Fall „freie Hand“ vorbehalten, wenn diese Genugtuung nicht erfolgen sollte.

Amerika.

Die Wahlen im Staate Newyork haben mit einer vollständigen Niederlage Kammans, dieser korrupten Partei, geendet. Wilson wurde mit einer Mehrheit von mehr als 100 000 Stimmen zum Bürgermeister gewählt; auch die übrigen fusionistischen Kandidaten mit Ausnahme der Präsidenten der Stadtbezirke Queens und Richmond wurden mit großer Mehrheit gewählt. Lammon verliert auch die Mehrheit in der Staatslegislatur (Sensat), wo bereits 85 Republikaner, 48 Demokraten und 6 Progressisten gewählt sind. Das Ergebnis aus 12 Distrikten fehlt noch. Außer in Massachusetts und Virginien wurde auch in New-Jersey ein demokratischer Gouverneur gewählt, dessen Kandidatur energisch von Wilson und Bryan unterstützt wurde. Präsident Wilson ist „besonders befriedigt“ über das entscheidende Ergebnis in New-Jersey, das er als eine „Befestigung seiner Politik“ betrachtet.

Die Union und Mexiko. Die Meldung, daß die amerikanische Regierung an Huerta ein Ultimatum gerichtet habe, hat sich als beschränkt erwiesen. Präsident Wilson hat allerdings das Ersuchen an Huerta gestellt, abzusankern. Wenn Huerta nicht unerbittlich zurücktritt und danach sich der Leitung der Geschäfte und der Bildung einer neuen Regierung enthalten würde, wird Wilson ein Ultimatum stellen. Die Ablehnung dieses Ultimatus würde Wilson veranlassen, an den Kongreß das Ersuchen zu richten, ihn zur „Ergreifung strengerer Maßnahmen“ zu ermächtigen. — Obwohl die Regierung in Washington Huerta keine genaue Formulierung ihrer Wünsche unterbreitet hat, so wird doch erklärt, daß die Einsetzung einer provisorischen Regierung von Wilson und Bryan als mögliche Lösung betrachtet wird. In diesem Falle würden die Aufständischen in der Kommission, welche die Regierung vorläufig übernehmen würde, in starker Zahl vertreten sein.

Paris, 5. November. In hiesigen unterrichteten Kreisen glaubt man zu wissen, daß die Vereinigten Staaten drei mexicanische Oasenstädte besetzen werden als Zwangsmaßregel gegen Huerta.

China.

Ein Staatsstreich Juanfuchais. Einen äußerst merkwürdigen Erfolg, der ganz das Aussehen eines Staatsstreichs hat, hat der Präsident Juanfuchai nach einer Meldung der Times aus Peking veröffentlicht. Dadurch entzieht Juanfuchai der Opposition, den sogenannten Kuo-Ming-Kang, ihre Sitze im Parlament.

Das Manifest „begründet“ diese Maßnahme damit, daß der Aufbruch und die fortgesetzte Opposition gegenüber der Regierung jeden Fortschritt aufhalte. Das Manifest hat große Aufmerksamkeit, doch habe die Regierung, wie der Korrespondent des Reuters-Bureaus an amtlicher Stelle erfährt, „entsprechende militärische Maßnahmen“ getroffen. ehe sie das Manifest erließ, so daß sie keine Irrtüme befürchte.

Also ein Staatsstreich in aller Form. Die Partei, die im Parlament über 300 Sitze zählt, setzt sich in der Hauptsache aus Abgeordneten des Südens zusammen und bildet die Anführerschaft Sunjassens. Sie macht der Regierungspartei die schärfste Opposition. Der Eingriff Juanfuchais ist ein durchaus selbstverständlicher Akt gegen die Verfallung der chinesischen Republik und seine Tragweite ist bei der gegenwärtigen Erregung des Landes noch gar nicht abzusehen.

Ausland am Ziel seiner Wünsche. Das russisch-chinesische Abkommen über die äußere Mongolei ist unterzeichnet worden. In diesem wird die Autonomie der äußeren Mongolei unter der Suzeränität Chinas anerkannt. China verzichtet auf das Recht, Truppen nach der äußeren Mongolei zu entsenden, eine chinesische Verwaltung dort zu unterhalten, Kolonien zu gründen und sich in kommerzielle oder industrielle Fragen einzumischen.

Aus der Partei.

Vom Fortschritte der Bildungsarbeit.

Bei unserem Zentralbildungsausschusse hat sich dieser Tage ein deutscher sozialdemokratischer Bildungsverein aus Montreal in Kanada angemeldet und um Zulassung von Materialien gebeten. Der Bildungsverein ist im Juli dieses Jahres von fünf Genossen gegründet worden. Inzwischen hat sich die Mitgliederzahl auf 35 erhöht, und die Genossen hoffen, bis zum Ende dieses Jahres auf 50 zu kommen. In dem Bericht an den Zentralbildungsausschuss heißt es, daß ein vorzüglicher Geist unter den Mitgliedern herrsche. Die ersten Beratungen, die in eigenen Versammlungen und Lesungen abgehalten wurden, hätten gute Erfolge gehabt. Eine Bibliothek sei im Entstehen begriffen, eine Buchhandlung werde in nächster Zeit eröffnet. Bei der Buchhandlung Wortwärts in Berlin habe man Bücher im Betrage von 170 Mark bestellt, wovon die Hälfte bereits feste Bestellung der Mitglieder sei. Die Genossen geben die Versicherung ab, daß sie bemüht sein werden, den guten Ruf der deutschen Sozialdemokratie auch dort im fernem Auslande zu rechtfertigen.

Volkswirtschaftliches.

Obstzölle her!

Die Ausfüllung der „Läden“ im Zolltarif durch möglichst hohe Zölle auf Obst, Gemüse usw. ist das heißersehnte Ziel agrarischer Wünsche. Neuerdings hat die Deutsche Tageszeitung eine neue Gefahr für den deutschen Obstbau entdekt. Sie weiß auf die durch die Eröffnung des Panamanals bewirkte

Transportverbildigung des westamerikanischen Obstes hin, indem sie schreibt, daß heute das Obst aus Kalifornien, Oregon usw. nur auf dem teuren Seelenwege quer durch den amerikanischen Kontinent zu uns gelangen könne, daß aber durch den Panamanal der Seeweg um mehr als die Hälfte verkürzt würde und der amerikanische Früchter das Obst direkt ohne Umladung zu Schiff nach Deutschland schaffen könne, wodurch an Transportkosten bis zu 25 Prozent erspart würden. Die Folge wäre ein vermehrtes und entsprechend verbilligtes Angebot amerikanischen Obstes auf dem deutschen Markt. „Am 1. d. d. d.“, so fährt das agrarische Blatt fort, „muss ein wirksamer Schutz für den Obstbau unserer deutschen Bauern gefordert werden.“

Das Agrarierblatt hätte gut daran getan, anzugeben, wieviel denn die verbilligte Frucht auf die Löhne ungenügend ausmache. Auch das Gerücht vom „Obstbau des deutschen Bauern“ ist zu allgemein gehalten. In der Wirklichkeit würde, wenn der Wunsch der Deutschen Tageszeitung in Erfüllung ginge, nicht der „deutsche Bauer“, der, mit vereinzelten Ausnahmen, nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil den Obstmarkt versorgt, sondern der große Obstplantagenbesitzer in Italien von einem amerikanischen „Golfkultivator“ haben. Der große Obstzüchter erzielt aber heute schon Riesenerträge, wenn er nach gefundenen Grundrissen wirtschaftet. Daran mangelt es aber vielfach. Die durch die steigende Nachfrage gesicherte Rentabilität des Obstbaues hat in den letzten Jahren viele Leute veranlaßt, Obstplantagen, auf viel zu teuer erworbenen Böden anzulegen. Auch bei den höchsten Obstpreisen kommen diese Leute begrifflicherweise nicht auf ihre Rechnung. Jährlichen Obstzölle einzuführen, liegt kein Anlaß vor, ganz abgesehen von dem berechtigten Interesse der Konsumenten, für die heute schon die Obstpreise unerschwinglich sind.

Genossenschaftliches.

Kassänge zum Streik der Papiermarenarbeiter Hirschfeldens.
Als im Vorjahre die elend entlohnten Papiermarenarbeiter und Arbeiterinnen Hirschfeldens sich etwas bessere Arbeitsbedingungen eringen wollten, verurteilten besonders die Inhaber der größten Firma, die diesjährigen Millionäre Westhorn, mit allen Mitteln dies durchaus berechtigte Bestreben zu verhindern. Sie setzten nicht nur die höchsten und finanziellen Behörden, sondern auch in hohem Maße die Gerichte in Bewegung, um die Lohnbewegung zum Scheitern und die Führer möglichst hinter Schloß und Riegel zu bringen. Selbst ein am Streik völlig unbeteiligter Buchdrucker mußte ungeschuldig eine Woche im Gefängnis sitzen, weil er angeblich einige Adressen der Kunden der Firma Westhorn an die Streikenden verraten haben sollte. Als ein Mißerfolg dieser Justizaktion so gut wie sicher war, zog die noble Firma ihren Strafantrag gegen den betreffenden Buchdrucker zurück, ohne ihm auch nur die geringste Entschädigung für die unschuldig erlittene Untersuchungshaft zu erstatten. Gegen den Vorstehen des Buchbinderverbandes Klotz und den Bezirksleiter Kornäcker wurden mehrere Prozesse wegen aller möglichen Straftaten angehängt, aber in allen bisher entschiedenen Prozessen zog die Firma Westhorn den Fiskus ein. Und so wurde hier kürzlich wiederum vom Schwefelgerichte in Hannover mit einer Beteiligungsschuld eines bei ihr beschäftigten Genossenschafters gegen Kornäcker glatt abgewiesen, weil erstens nicht nachgewiesen worden sei, daß Kornäcker der Verfasser eines die Weidigung enthaltenden Artikels in der Buchbinderzeitung sei, ausserdem aber auch dem Genannten der Schwere des 193 Str. G. B. B. zugewilligt werden müsse, da er berechtigt gewesen sei, die ungenügenden und gesundheitsgefährlichen Zustände in der Hirschfelder Heimindustrie zu schildern; auch sei der Wahrheitsbeweis als gelungen anzusehen.

Verantwortlich für Textarbeit, Politische Literatur, Parteimaterialien Paul Hennig; für Ausland, Neuesten und Vermischtes Karl Vogt; für Genossenschaftliches, Stadterobereramt und Württembergisches Roten; für Halle und Ostpreußen Otto Müller; für Ost und Westpreußen Gottlieb Schneider; für die Angelen Wilhelmsberg; Verleger Alfred Schmidt; sämtlich in Halle. — Druck der deutschen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. o. m. b. H.).

Ausnahme-Woche

für Seidenstoffe und Sammete.

Von Donnerstag, den 6. November cr., bis
einschl. Mittwoch, den 12. November cr.

stellen wir

Grosse Posten schwarze, weisse und farbige Seidenstoffe

für Blusen, Röcke, Braut-, Gesellschafts- und Strassenkleider,
ebenso grosse Posten Sammete für Blusen und Kleider
im Parterre unseres Geschäftslokales

auf Extra-Tischen zu Ausnahmepreisen aus.

Es bietet sich hierdurch eine äusserst günstige Gelegenheit,
wirklich gute Seidenstoffe und Sammete

zu fabelhaft billigen Preisen zu kaufen.

Auf alle anderen nicht extra aufgelegten Seidenstoffe und Sammete gewähren wir während der Ausnahmewoche **10%** Rabatt in bar oder doppelten Rabattmarken.

Brummer & Benjamin

Halle a. S. Grosse Ulridstrasse 22/24. Halle a. S.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 262

Halle (Saale), Freitag den 7. November 1913

24. Jahrg.

Stadtverordnetenwähler dritter Klasse!

Parteigenossen und Gewerkschaftler!

Nur noch drei Tage trennen uns von der Entscheidungsschlacht um die Siege im Stadtparlament. In den Tagen von Montag bis Mittwoch nächster Woche wird es ein heißes Ringen geben, da unsere Aussichten günstiger denn je und der Sieg uns nahe ist! Die Stadtverordnetenwahl ist jetzt nicht mehr ein Kampf, der allein um die wirtschaftlichen Dinge geführt wird, die wir in den letzten Wochen beprochen haben. Die diesjährige Stadtverordnetenwahl ist ein Klassenkampf härtester Art. Dort die Besitzenden mit allen ihren freiwilligen und unfreiwilligen Trabanten; hier die Besitzlosen und Unterdrückten unter Führung der Sozialdemokratie. Der Kampf ist damit noch über die Interessen der arbeitenden Bevölkerung hinaus eine **Schrense der Arbeiterkraft** geworden. Bringt uns die diesjährige Wahl sofort eine Stimmenaufschwung von einigen hundert Stimmen, so haben wir gefiegt und mit einem Schlage dreizehn, statt unserer bisherigen vier Vertreter im Stadtparlament. Und der Stimmenaufschwung ist leicht herauszuholen, denn über 6000 stimmberechtigte Lohnarbeiter sind im Jahre 1911 allein in der Altstadt der Wahl ferngeblieben. — **Sie zur Wahl anzufeuern, ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Tage!**

Es steht für die Sozialdemokratie in diesem Jahre Großes auf dem Spiele. In den Vororten gilt es die zwei Mandate der Genossen **Merburg** und **Beige** zu verteidigen und wieder zu erobern. Der Zugang von Beamten, die in der dritten Abteilung wählen, ist in Giebichenstein und Kröllwitz in den letzten beiden Jahren ein besonders starker gewesen. Da heißt es für unsere Genossen, **Mann für Mann** antreten, damit der Sieg uns trotzdem sicher bleibt.

In der **Altstadt** aber gilt es, neun neue Mandate zu erobern; ein verlockender Machtwort, der jeden Genossen sicher zu angestrengtester Tätigkeit anspornen wird. Alle **Hebel** müssen in Bewegung gesetzt werden! Auf Bantzen und Plägen, in Werkstätten und Fabriken darf in den nächsten Tagen von nichts anderem gesprochen werden, wie von der Stadtverordnetenwahl! Ein Wahlberechtigter muß durch den anderen angepörrt werden. Es muß gefiegt werden, um jeden Preis! Jede einzelne Stimme ist von gewaltiger Bedeutung. Und damit ja keine einzige Stimme verloren geht, bringen wir hier das Notwendigste, was bei der Stimmenabgabe genau zu beachten ist, in Erinnerung.

Jeder Wähler in der **Altstadt** wählt sämtliche neun Stadtverordnete. Vor den Wahllokale befinden sich Stimmzettel-Verteiler, die Zettel mit den Namen

der neun Kandidaten ausgeben. Diese Namen brauchen nur laut und deutlich am Wahltag verlesen zu werden. Gewählt wird an den drei Tagen von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Jeder Wähler gehe möglichst außerhalb der Mittagszeit und wenn irgend möglich, schon am ersten oder zweiten Tage zur Wahl. Wer wählen geht, muß die ihm vom Magistrat zugeordnete Legitimationskarte einstecken. Sie wird ihm am Wahltag aberlangt werden. **Wer keine Legitimationskarte verlegt oder verloren hat, muß sich jetzt unverzüglich unter Mitnahme einer anderen Legitimation zum Wahl-Bureau, Großer Berlin 8, begeben, um dort Ersatz zu bekommen.** Die Wahllokale werden in den nächsten Tagen bekannt gemacht. — Für die Vororte gelten dieselben Vorschriften, nur mit dem Unterschiede, daß hier nur zwei Kandidaten genannt zu werden brauchen.

Diese Vorschriften müssen haargenau beachtet werden. Die paar Stimmen, die durch ihre Nichtbeachtung uns verloren gehen würden, könnten gerade dazu ausreichen, um statt eines Sieges eine Niederlage zu bringen.

Jetzt heißt es:

Auf zur Agitationsarbeit!

Teuerung, Wohnungselend, Abkehrung der Arbeitslosenversicherung und der Notstandsarbeiten, hartnäckige Unterdrückung aller gewerkschaftlicher Forderungen, die polizeiliche Verfolgung der Streikposten, das zweierlei Recht für Studenten und Arbeiter und

Die drohende Steuererhöhung

sind Agitationswaffen, die jeden Arbeiter förmlich zum Wählen anregen!

Und wer noch politische Ehre im Leibe hat, den muß wegen des entlarnten fälligen Terroristenystems, das selbst im Reichstag vor ganz Deutschland am Pranger stand, der heilige Haß packen und ihn unwiderstehlich zum Wahltag drängen, wo er deutlich seine Stimme gegen dieses ungeheuerliche Treiben der entarteten Selbstverleugere abgeben muß. Aus tiefer Erbitterung heraus muß das wertvolle Volk gegen das Terroristenystem, das ihm bisher seiner Vertretung im Rathans beraubt, zu einem wuchtigen Vernichtungsschlag ausholen! Alle Mann ans Werk, keiner darf abseits stehen! Es gilt ein heißes Ringen!

Vorwärts für den Erfolg der Sozialdemokratie!

Zur Stadtverordnetenwahl

Wie man die Arbeiter narret!

Wie wenig soziales Verständnis die bürgerlichen Stadtverordneten besitzen, beweist ganz klar die Tatsache, daß 21, 22 und 24 W. der wöchentliche Durchschnittslohn der städtischen Arbeiter ist. Infolge der Berechnung nach Stundenlöhnen wird bei ungenügender Berücksichtigung der wöchentlichen Vergütung der Arbeiter, wenn mit der Arbeit ausgefiegt werden muß, dieser wöchentliche Verdienst noch weiter bis auf 15 W. für Familienunterhalter herabgesetzt.

Wurde nun mal eine der berechtigten Arbeiterforderungen von den Stadtverordneten dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen, so wurde diese Forderung von denselben Stadtverordneten in den Deputationen oder Kuratorien wieder abgemürgelt. Nam nach einigen Wochen oder Monaten eine neue Petition, so wieder für die daselbst närrische Schaufelarbeit. Der treibende Geist waren auch hier die Liberalen und einige Großindustriellen. Alle dürfte infolge dieses grausamen Spiels unter den deutlichen Großstädten diejenige sein, in der die schlechtesten Verhältnisse für die städtischen Arbeiter existieren. Selbst die Petitionen der Eltern und Kinder fanden bei den bürgerlichen Stadtverordneten vielfach keine Gnade.

Wahr wie einmal ist es auch vorgekommen, daß den Stadtverordneten höhere Löhne vorgeschlagen wurden, so daß in einer erneuten Petition die Arbeiter durch eine schriftliche Erklärung oder durch die Arbeitervertreter den Stadtverordneten-Vertretern beizubringen ließen. Ein solcher Fall ereignete sich im März vorigen Jahres. Der Stadtb. und Fabrikbesitzer Dehne referierte über eine Lohnangebot der Westener Wasserwerksarbeiter und empfahl namens des Ausschusses Überlegung zur Tagesordnung, da bereits Lohnhöhungen erfolgt seien. Unsere Genossen sprachen gegen den Antrag, da die Löhne völlig unzureichend seien. Aus einem Schreiben der Petenten wurde festgestellt, daß die Angaben

über die Höhe der Stadtverordneten falsch berichtet worden waren. Trotz dieses aufreizenden Ereignisses wurde die Petition der Stadtb. Dehne dem Antrag auf Überlegung zur Tagesordnung; der auch mit großer Majorität angenommen wurde.

Ein gleiches Schicksal widerfuhr einer Petition des Verbandes der Gemeindearbeiter, die ebenfalls Lohnerhöhung und andere soziale Verbesserungen wünschte. Hier erzählte derselbe Referent als große Wichtigkeit, daß Tagelöhne von 3 bis 4 W. zum Teil um 10 Pfennig erhöht worden seien. Von unseren Genossen wurde tiefend erwidert, daß eine solche Lohnerhöhung bei denartigen niedrigen Löhnen in der Zeit der herrschenden Teuerung von den Arbeitern gar nicht gefiegt werden könnte. Zu dem Hinweis auf die sozialen Einrichtungen wurde bemerkt, daß die Arbeiter auf solche sozialen Einrichtungen keine Rücksicht nehmen, wenn sie dafür erst Inanspruchnahme der öffentlichen Kassen erhalten. Auch wurde darauf hingewiesen, daß es verfehlt sei, wenn die minder Bekleidungsigen geringer bezahlt würden, weil den Beamten gerade es so etwas auch nicht. Ferner

wurden noch für die Außenarbeiter die ganz selbstverständlichen Forderungen verlangt. Strapuzlos ging über die bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit über alle Anregungen und Anträge zur Tagesordnung über.

Wenige Wochen später fand ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten zur Beratung, der Einführung des Wochenlohnes und eines Staffeltarif für die städtischen Arbeiter verlangte. Für die Arbeiter wurden Löhne von 25 bis 28 W. für die Arbeiter der Straßenreinigung, der Stadtbäckerei und des Schlachthaus und Viehhofs wurden Wochenlöhne von nur 22 bis 26 W. verlangt. Ferner sollten die verschiedenen Betriebe Arbeiterschichten in je drei Mann wählen, die über alle entstehenden Differenzen mit den Betriebsleitern zu verhandeln und die Wünsche der Arbeiter vertreten hätten.

Die Stadtb. Schöckle und Schulze traten als Scharfmacher auf und erklärten,

für die Arbeiter ist schon genug getan,

die sollen jetzt endlich mit ihrer Dränger aufhören.

Der Oberbürgermeister erklärte jedoch, in der Frage der Arbeiterauschüsse sei Halle bisher noch sehr rückständig geblieben. Sogleich würden die Deputationen und Kuratorien, denen doch in der Mehrheit Stadtverordnete angehörten, die Errichtung von Arbeiterauschüssen beschließen. Bei der Einführung des Wochenlohnsystems müßte die Stadt jedoch ganz erhebliche Aufwendungen machen. Die Lohnsumme würde erheblich größer als bisher. — Dieses Zugeständnis bewies deutlich, daß die Arbeiter durch Feiertage und schlechte Witterung große Verluste an Lohn hatten, daß sie also erheblich zu gering bezahlt wurden, als es den äußeren Anschein hat.

Stadtb. Direktor Zell fühlte sich trotz dieses oberbürgermeisterlichen Eingehens veranlaßt, klar zu geben die Wochenlöhne loszusagen. Er erklärte, wenn die Stadtverordneten diese Frage zumittend entscheiden, so wären sie bei diesem Beschluß mit seiner Zustimmung beauftragt. — Hiergegen wurde von unseren Genossen gehörig Front gemacht und auf die Dringlichkeit der Forderungen der Arbeiter nochmals hingewiesen.

Bei der folgenden Abstimmung wurden die Wochenlöhne zur Erzwangung und die Arbeiterauschüsse zur Berücksichtigung an den Magistrat überwiesen. Trotz dieses mageren Resultates ist jedoch bis heute — nach reichlich anderthalb Jahren — selbst diesen winzigen Verschüssen noch nicht Rechnung getragen worden.

Die Beschlußfassung war im März 1912. Ein halbes Jahr später verhandelte man wieder über eingehende Petitionen der städtischen Arbeiter, in denen dieselben Forderungen — d. h. Lohnerhöhung, Wochenlohn und Arbeiterauschüsse — erhoben wurde. Diese Petitionen wurden aber auf der Wochen — zurückschickelt! Trotzdem kam es aber zu einer für die bürgerlichen Stadtverordneten recht klamhaften Entscheidung.

Es lag nämlich eine Magistratsvorlage vor, daß die in den Polizeirevierern bestehenden 17 Meldebüroverwalter allmählich in elmsmäßige Bureauangestellten umgewandelt und entsprechende Lohnzulage gewährt würden. Daß der Magistrat eine Erhöhung der Löhne dieser Schreiber verlangte, hatte

natürlich seine guten Gründe. Einer dieser Schreibergehilfen hatte nämlich infolge seines geringen Lohnes Meinen und Mein nicht mehr recht unterscheiden.

War vor Gericht gestellt und beurteilt worden. Der Stadtb. Vorbes mußte als Referent im Auftrage des Rechts- und Verwaltungsausschusses und des Staatsanwaltes erklären, daß die Vorlage des Magistrats angenommen werden müsse, selbst wenn größere Kosten entstünden, damit die Stadt nicht noch weitere schwere Nachschüsse aus der niedrigen Vergütung der Leute erleide. Er wollte im Interesse der Stadt darauf nicht weiter eingehen. Aber es sei doch der Stadt unwürdig, wenn einer ihrer Meldebüroschreiber vor Gericht steht und der Richter bringt topfchüttelnd zum Ausdruck, es sei nicht verwunderlich, wenn ein 50jähriger Familienvater bei 85 W. Monatsgehalt nach zwei oder drei W. Meinen, die ihm eigentlich nicht zuzukommen. Wollte man die Stadt vor solcher Vlamagen ihrer Angestellten sichern, so müsse sogleich eine wesentliche Gehalts-erhöhung durch die Annahme der Magistratsvorlage erfolgen.

Nach einigen weiteren begründenden Worten wurde denn auch die Vorlage angenommen, und zwar ganz ohne Debatte, was bisher bei Gehaltsverhandlungen noch nie dagewesen ist. Aber jeder dachte wohl: Stille, stille, kein Geräusch gemacht. Lieber seine eignen Vlamagen spricht man nicht gern, sucht sie vielmehr schleunigst aus der Welt zu schaffen nach der schönen Schilderungsmethode: Wenn das Kind ertrunken ist, bedt man den Wunden zu. Wie aber halten es gerade für angebracht, jetzt im Wahlkampf auf diese standhafte Gelegenheit hinzuweisen und immer wieder zu sagen, daß es noch Hunderte städtischer Angestellter und Arbeiter gibt, bei denen es wegen ihrer ganz unerhört miserablen Entlohnung in diesen Teuerungstagen auch nicht verwunderlich wäre, wenn sie nach 2 oder 3 W. greifen, die ihnen eigentlich nicht zuzugehen.

Dieses stundelohndene System der niedrigen Löhne ist nur von den bürgerlichen Parteien vertheidigt.

Im übrigen wurde in derselben ereignisreichen Stadtverordnetenversammlung auch noch eine Lohnerhöhung für die Aufseher der Straßenreinigung durchgedrückt. Zur Kennzeichnung des ausbeuterischen Innerenmerges wollen wir die damalige charakteristische Rede eines Scharfmachers vom Westen geben. Der bekannte Baumunternehmer Stadtb. Schulze forderte die Bewilligung der Aufseherzulage mit folgender Begründung:

„Polizeier und Aufseher, das wißt er genau, müßte man für den Betrieb durch gute Vergütung zu interessieren suchen, sie könnten einen großen Nutzen bringen. Wenn der Aufseher rechtlich dahinter liegt, könne er dies für die gehörige Ausnutzung der Arbeitskräfte tun.“

Als Aufseher also will Herr Schulze die Aufseher mitbraucht wissen. Dieser bürgerliche Stadtverordnete kennt die raffinierte Ausbeutungsmethode.

Auf Anregung unserer Genossen hin, wurde aber wenigstens für die Straßenreiner, deren Lohn damals wöchentlich 18 bis 20 W. betrug, eine Lohnaufseherung in Aussicht gestellt.

Zu einer Debatte über Arbeiterangelegenheiten kann es denn wieder im Januar d. J. gelegentlich der Stadtratssitzung über das Wahlrecht. Es wurde nämlich der Stadtratssitzungsbeschluss mit der Mitteilung gemacht, daß

30 000 Mark für Löhne weniger

eingesetzt werden, weil die neuen Notizen viel weniger Bedienung benötigen.

Interessanterweise weisen darauf hin, daß es sich hier einmal wieder ganz nach dem, was die Maschinen die Arbeiter überflüssig machen. Da aus dem Etat nichts anderes zu erfahren ist, müßte man annehmen, daß die überflüssigen Arbeiter entlassen sind, also arbeitslos wurden. Das müßte man bei dieser Gelegenheit feststellen, da im Laufe des Jahres eine Forderung nach Schaffung einer städtischen Arbeitslosenunterstützungskasse abgelehnt worden ist. Wenn mit dem Fortschreiten der Zeit in städtischen und privaten Betrieben fort und fort Arbeiter überflüssig werden, dann müßte schließlich eine Unterstützungsanstalt für Arbeitslose geschaffen werden. Bei dem drohenden Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen ist es die Aufgabe der größeren Städte, das nützlichend in der Schaffung eines Arbeitslosenunterstützungssystems vorzugehen.

Ein junges Leben der liberalen Stadtvorordneten

und einiger Wohlfühlreifer über die Antwort hierauf. Der liberale Stadtrat Greßler bemerkte nur noch zur Begründung, daß mit der Schaffung neuer Wohnstätten für die Arbeiter baldigst vorgegangen werde. Die Entlassung von Arbeitern bei Anschaffung besserer Maschinen werde möglichst vermieden.

Im Februar d. J. mußte jedoch schon wieder eine neue Petition der städtischen Arbeiter um Lohnrückzahlung und Einstellung von Arbeiterauschüssen verhandelt werden. Auch hier empfahl der Petitionsausschuß zunächst für den Teil der Petition, der Arbeiterauschüsse verlangt, Ueberzeugung, an den Magistrat zur Verwirklichung. Der Referent stellte dazu fest, daß ein solcher Ausschuß schon einmal von den Stadtvorordneten gefügt worden sei, der Magistratsvertreter habe aber in der Ausführung mitgeteilt, daß Stadtvorordnete in den Deputationen der einzelnen Werke entgegen dem Stadtvorordnungsbeschlusse die Arbeiterauschüsse abgelehnt hätten.

Stadtrat Greßler teilte dazu mit, daß die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke glaubt, wenn Arbeiterauschüsse eingesetzt würden, so würden die nicht Frieden, sondern Unfrieden bringen.

Stadtv. Döhrle schloß sich dem mit einigen scharfmaschinistischen Bemerkungen an, wobei er zum Schluß meinte, die Arbeiterauschüsse würden nur den Sozialdemokraten noch mehr Gelegenheiten geben, hier mit: Wir haben gehört allerlei Vermutungen zur Verhinderung der Arbeiter vorzubringen. Diese anonymen Verdächtigungen solle man nicht noch fördern.

Gemalte Osterburg antwortete dem Schatzmeister: Ja, wohl, leider müßten sie es auch so sagen, wir haben diese und jene Verdächtige gehört; denn Namen zu nennen dürfte man ja nicht wagen, weil dann Maßnahmen erfolgen würden. Nicht die Sozialdemokratie ist Terrorismus, sondern das Unternehmertum und solche Behörden, die öffentlich befördernde oder organisierte Arbeiter mangelten. In den Rathungslagen, der Erfahrungsfrage liegt der Grund dafür, daß die Arbeiter ihre Namen bei Beschwerden nicht nennen lassen. Sollte man annehmen, daß keine Maßnahmen ergreifen, dann könnte für jede Beschwerde mit hohem Namen nennungen aufgeworfen werden. Die Arbeiterauschüsse seien eine Erscheinung der neuen Zeit, der man sich nicht verschließen könnte. Wer die Ausschüsse nicht wollte, unterstütze die Geschäftswirtschaft der Vorbesten, der wolle nach dem Grundsatze und herrsche

in unehrlicher Weise Reich, Geld und Zwietracht unter den Arbeitern sän,

um sie dann einzeln besser unterdrücken zu können.

Gemalte Osterburg stellte dann noch fest: Dieser habe Herr Rixe immer sagen können, der Magistrat sei für Arbeiterauschüsse, aber die Stadtvorordneten in den Deputationen lehnten sie stets ab; jetzt sei es aber durch Stadtrat Greßlers Rede festgestellt, daß der Magistrat nicht einstimmig und energig für, sondern sogar öffentlich gegen Arbeiterauschüsse auftrat.

Gemalte Stadtrat Greßler, der doch auch Stadtvorordneter war, sollte doch Stadtvorordnungsbeschlüsse respektieren.

Nach dieser energischen Auseinandersetzung sagte Stadtrat Greßler dann gar, daß die Deputationen nochmals von den Arbeiterauschüssen Stellung nehmen würden. — Hierauf wurde der Abfall der Petition, der Arbeiterauschüsse fordert, mit 25 gegen 18 Stimmen dem Magistrat wieder aufs neue zur Verwirklichung überwiesen.

Ein weiterer Abfall der Petition, der die Einführung von Wohnstätten verlangte, was vom Gen. Osterburg noch energig beantwortet wurde, beruht auf Antrag des liberalen Stadtv. Geßler und der Vertagung.

Mit diesem Beschluß wurden die Arbeiter

wieder bis auf den St. Nummerneinigkeit verfrachtet.

Was hier in den Wünschen der städtischen Arbeiter noch nach keiner Seite Rechnung getragen worden. Deshalb war es in der letzten Versammlung der Gemeindevorstände nötig, wieder eine neue Petition an das Stadtvorordnungsamt zu beschließen.

Wenn so die Arbeiter Jahr für Jahr genarrt werden, die Schuld von einer Unverschämtheit auf die andere geschoben wird, wenn durch die unehrlich niedrigen Löhne Arbeiter zu Disziplinären gezwungen werden, so daß selbst bürgerliche Arbeiter sich bei den entziehen, wenn für Familienunterstützung noch die Entschädigung von 15 Mark möglich sind, dann ist es natürlich die allerhöchste Zeit, daß mit solchen Zuständen bei der Stadtvorordnetenwahl gründlich abgerechnet wird. So lange bei der Stadtvorordnetenwahl solche Zustände herrschen, kann man in privaten Betrieben nichts Besseres erwarten. Also: befehlen wir uns der Grundbesitz, die Reaktion in der Stadtvorordnungsversammlung, Verstoß der Sozialdemokratie zum Sieg!

Das gegnerische Flugblatt.

I.

Wenn es überhaupt noch eines Beweises bedürft hätte, um die trübseligen Verhältnisse der bürgerlichen Wirtschaft in der dritten Abteilung und die schlotternde Arbeit vor der positiven Arbeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde vor aller Welt aufzuzeigen, so hat das Wahlkomitee der Bürger- und Kommunalvereiner diesen Beweis glänzend geliefert. Und zwar durch den Inhalt des Flugblattes, mit dem diesen Morgen in jedem Hause jede Wohnung und schließlich auch manches verstreute Versteck überflutet worden ist.

Was seinen Zweckungen unerschöpflich ist das jüngste bürgerliche Flugblatt anzusehen schon recht merkwürdig durch die Größe des Formats. „Steht es denn so schlecht um die bürgerliche Sache?“ fragt am Dienstag in der bürgerlichen Wahlversammlung ein neben uns sitzender älterer Herr, der mit ihm einmündig der Flugblätter abwartete. „Man muß es doch anschauen, fuhrt er fort, nach dem ich nun schon das fünfte Mal in der Sache bekommen habe!“ Der Mann selbst zweifelt es ein sehr gutes Arbeitervermögen. Mit der Größe der

Hände wachsenden sozialdemokratischen Parteimitglieder wachsen auch die Dimensionen der bürgerlichen Rettungsbroschüre. Aus Leichtigkeit werden sich die Herren dem bürgerlichen Wahlkampf gewiß nicht in die größeren Entlohnungen gestürzt haben, zumal es doch sicherlich feinerweise zu den eigentlichen Aufgaben gehört, bei den beizugehenden Interessen an der Erhaltung der Sozialdemokratie aus dem bürgerlichen Wahlkampfentlohnung

um höhere Wahlerlöse zu kämpfen.

Auch denn nicht, wenn man, wie die jetzigen Leiter der Bürgervereine, in diesem edlen Handorte schon einige Übung besitzen sollte.

Und der Inhalt der bürgerlichen Rundgebung zur Wahl? Doch Gott erbarm! Er liest im schreibenden Mißverständnis zur Größe des bedruckten Papiers. So überaus armenhaft mutet er den denkenden Menschen an, daß man mit der Erzeugung eines fliegenden Blattes nicht genügt, wenn aus diesem Produkt nicht noch eine andere, schillernde Eigenschaft hervorgeht: nach dem Rezept des Reichsmarktschreibers gegen die Sozialdemokratie angefertigt zu sein:

„Verstecke nur frisch dem Sozial...“

Sachlich weis das Flugblatt gegen die Sozialdemokratie und ihre kommunalen Forderungen auch nicht einen Satz zu sagen, nicht eine einzige Tatsache anzuführen. Diverse Redensarten finden wir darin, dem Reichsverbandes-Bundbuch entnommene Verdächtigungen und außerdem mannigfaltige geradezu klassische Beweise einer gegenstandslosen Unkenntnis gegenüber den Dingen, um die es sich im gegenwärtigen der Entscheidung entgegenstehenden Kampfe handelt, den Fragen der Kommunalpolitik. Und dabei geistige Werte und kleinen Glorien magt es, der weltfeindlichen, zur Kultur vorwärts- und aufwärtsstrebenden Arbeiterschaft von Halle die Seite der dritten Abteilung noch immer freitig zu machen!... Es ist unmöglich und unnützlich, allem

Wohlfühl und Schwelme,

den das Flugblatt enthält, entgegenzutreten. Wir halten es — zur Ehre der bürgerlichen Bevölkerung sei das gesagt — für unentbehrlich, daß in der Großstadt Halle einem solchen, aus tödlicher Angst vor der Sozialdemokratie müßsam zusammengeklümperten Flugblatt irgendwelcher Wert beigelegt werden könnte. Aber einiges ist doch kritisch beleuchtet.

Auftritt stimmt uns die einleitende Feststellung von der sicheren Aussicht des sozialdemokratischen Sieges: Der Kampf wird diesmal besser, ein Sieg der vereinten bürgerlichen Parteien schwerer werden als je, noch lustiger die folgenden verzerrenden Anglistreife: „Gefahr im Bezug!“ „Nationale

Bürger, wach auf!“

„Alle Mann auf die Schanzen!“ Aber was soll das heißen: „Ein Sieg der bürgerlichen Parteien...“ In der Diensttagversammlung konnte man bis zum Ueberdruß oft hören die Fauberformel, mit der die Wähler der Bürgervereiner ihre Wahllosgen gegen die Sozialdemokratie notdürftig zusammenstimmten: Politische Gesichtspunkte scheiden für uns aus; wir haben mit politischen Parteien nichts zu tun; wenn wir politisch vorgehen wollten, wäre unser Abkommen sofort erledigt usw. Und nun ist auf einmal die Rede von den bürgerlichen Parteien! Wie ist dieser Widerspruch zu lösen? Nicht anders, als daß man annehmen muß, jenes flügliche Flugblatt sei

von einem Beauftragten des Reichsverbandes

oder nach bestimmten Mustern von der Reichspropaganda beschickt worden.“ Wie tief ist man doch in der „liberalen“ Großstadt Halle schon gesunken!

— Aus und Trug ist es, wenn das Flugblatt fortfährt:

„Für die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher kommt immer erst die Partei, dann die Gemeinde, für sie lautet der oberste Grundsatz: Parteimeinung über Gemeinbewohl!“

Daß dem nicht so ist, was das Flugblatt behauptet, daß die Sozialdemokratie in der Kommunalpolitik sich vielmehr einzig und allein von der

Küchenschmähne auf das Wohl der Gemeinde

und ihrer Bewohner leiten läßt, dafür wären aus dem Stegreif Dutzende von Beispielen anzuführen. Versicherungen von Männern, deren Namen im kommunalen Leben anderen Rang haben, wie etwa G. Döhrer oder Heller. Der national-liberale Landesdirektor dieser führte 1907 im badischen Landtag aus:

„Jetzt ist es soweit hier in Karlsruhe, daß in der Vertretung der dritten Klasse 22 Sozialdemokraten sitzen. Ich muß den Herren das Zeugnis geben, daß sie viel besser als so manche zurückständige Gewerbetreibende, die die Städte hier auch vielfach belegen, die Sache verstehen, daß sie mit dem Willen anstreben, der Arbeiter sich über alle mangelnden Privilegien hinwegzusetzen, daß sie auch den Mut haben, vor jedermann ihre Meinung auszusprechen... Sie gehen von arbeitsreichen Geschäftspunkten aus, als mannde andere. Und wenn die Städte sich so gedehntlich einweisen können, so darf man in jeder Bürgervereinerung sicher sein, daß sie ein auf und abgibt es politisch, ist es auch ein, bei denen, die die Sache über auf materiellem Gebiete, man unter den Sozialdemokraten überlegen und entscheidende Anhänger der Partei findet.“

— Und der frühere, vor kurzem in den Rufstand getretene Oberbürgermeister Wides von Frankfurt a. M. erklärte auf dem deutschen Städtetag zu Dresden 1908:

„Es ist längst anerkannt, daß gesunde und bedeutungsvolle moderne Entwicklungen aus dem sozialistischen Ideenkreis herauszuwachsen sind. Rinde in deutschen Städten neuerdings glückliche Einrichtungen, wie insbesondere Arbeitsvermittlungsinstitutionen, namentlich aber die zur Verhinderung der Lage der städtischen Arbeiterschaft unternommenen Maßnahmen und die Einführung von Arbeiterauschüssen in die Submissionsbedingungen u. a. m., sind sozialistischen Anregungen zu verbanen.“

Der Herrliche Stadtvorordnungsreferent Justizrat Cassel sollte der Stadtvorordnungsmitglied unserer verdorbenen Bürgervereine ein Geleit zu wünschen haben, daß er ihm zum bürgerlichen Stadtvorordnungsamt als Spitz der Bureau der Stadtvorordnungsversammlung eine knifflische Ange-

legenheit über die Sozialdemokratie. Justizrat Cassel sagte dabei u. a. Folgendes:

„Ich selber habe mich sehr gern, einbringliche Mitarbeiter, sein mit unserer Gewerbetreibenden, Gewerkschaften und Arbeitervereinen, die bestes Eintritten für das Wohl unserer Stadt Berlin und die Rechte ihrer Arbeiter, wachend sind von uns allen immer anerkannt worden.“

Aber wozu in die Ferne schweifen? Haben nicht auch die Sozialdemokraten auf dem Hallischen Marktplatz durch ihre eifrige Wirksamkeit bewiesen, daß sie von dem Grundsatze ausgehend handeln:

Für das Wohl der Gemeinde und ihrer Bewohner!

Kriecht nicht auf die Hallischen Bürger der Sozialdemokratie bloßkommen an, was der ehemalige Franzfurter Oberbürgermeister andeutete? Haben nicht gerade in Halle die Sozialdemokraten seit Jahren und in reichlichem Maße wertvolle Anregungen gegeben!

Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten in Halle besämpften mit aller Energie das

grauenhafte Wohnungswesen,

das hierorts noch anzutreffen ist, sie zeigten auch den Weg, auf dem wirksam Beseitigung dieses schlimmen, die Volksgesundheit schwer gefährdenden sozialen Mißstandes zu schaffen ist. Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten verlangten wiederholt, daß den städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern eine den letzten Verhältnissen der Zeit

entsprechende Besoldung und Entlohnung

zuteil wird. Es lag an der bürgerlichen Mehrheit des Hallischen Stadtvorordnungsamt, speziell an dem von den Beamten sich genügend geltendgemachten Verhalten des Herrn Döhrer, wenn nur ein paar Feinlinge oder Schwelme willigig wurden.

Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten beantragten wiederholt, was in fast allen deutschen Städten allgemein durchgeführt worden ist: die

Beseitigung des Notstandes bei Arbeitern. Die bürgerliche Mehrheit lehnte diese soziale Forderung zugunsten der ärmsten unserer städtischen Bürger rundweg ab.

Die sozialdemokratischen Vertreter traten für eine

moderne Reform des Schulwesens

ein, wie sie auch von den Fachleuten, den Lehrern, gefordert wird. Sie beantragten die Aufhebung des Fortbildungsschulgebührens, die Befreiung der lernpflichtigen und unzulänglichen Schulkinder und anderes mehr, was

unser Schulwesen leistungsfähiger gemacht

hätte, vor allem die Errichtung neuer Schulsysteme, damit die Klassenfrequenz herabgemindert werden kann. Daß alle diese

von Parteier, hoher Liebe zur Stadt

Halle und ihres Wohlwunderschaft veranlaßten Anregungen und noch viele andere niedergebittet wurden, das muß der bürgerlichen Mehrheit zum Vorwurf gemacht werden. Man kann es nicht anders, als

unerbittliche Dreistigkeit

nennen, wenn jene Leute, die von der eifrigen positiven Arbeit der Hallischen Rathausvertreter der Sozialdemokratie genau unterrichtet sind, in dem Flugblatt zugunsten ihrer Kandidaturen schreiben lassen, der Sozialdemokratie gebe das Hauptwort über das Gemeinwohl! Das ist genügt; die Hallischen Wähler der erwerbstätigen Klasse werden den Verdächtigungen diese unehrliche Kampfmethode heimlich!

Der Streit um die „positive Arbeit“.

Ein gelegentlich Mitarbeiter schreibt uns:

Das den jetzigen bürgerlichen Leitungen beigelegte Flugblatt der bürgerlichen Wahlmänner dritten Abteilung (auf das wir noch eingehen werden, D. H.) hat die Dreistigkeit, die Sozialdemokratie vorzumachen, daß ihr ein verächtlicher, positiver Arbeit überzogen nicht gegeben sei.

Mit den Verfassern dieses Angriffsartikels vor dem Ausgang der Wahlen über die positive Arbeit der Parteigenossen im jetzigen Stadtparlament zu streiten, soll nicht Aufgabe dieser Zeilen sein. Das wird wohl noch an anderer Stelle erfolgen.

Hier soll einmal auf die Verdächtigungen eingegangen werden, die bürgerliche Stadtvorordnete Hallen von ihrer diesjährigen Stimmzeit aus gegen den bürgerlichen Arbeiter, eine Stadt, die eine erhebliche Mehrheit sozialdemokratischer Gemeindevorsteher besitzt, ja „jogar“ einen sozialdemokratischen Bürgermeister hat! Die Hallischen Stadtvorordnete waren des Lobes voll über die hervorragenden, praktischen und nachahmungswürdigen Einrichtungen dieser so stark sozialistisch „durchdrungenen“ Kommune. Die Meinlichkeit der Straßen, die wellenschaumben Bodenpolitik, die hervorragenden Parkanlagen, die Schulverhältnisse, praktischen Berufseinrichtungen wurden sämtlich in den Himmel gehoben. Nur bestrichend von dem Geschehen letzte die Studienkommission nach hier zurück und berichtete in den Bürgervereinen.

Da wurde nun ausgeplaudert, daß es einem jetzigen hohen Magistrats Herrn gar nicht in den Kopf wollte, daß in der bewundernswürdigen Stadt ein Sozialdemokrat Bürgermeister sei! Und als der Hallische Magistrats Herr sich beim Abschiedswort an dem ihm zunächst sitzenden Parteigenossen Herrn um „Aufklärung“ darüber wandte, daß „jogar“ ein Sozialdemokrat „Bürgermeister“ sein sollte, da hatte er die Laeder auf seiner Seite, — denn — der Herrtrage war eben der Parteigenosse, der dort mit der frazen sozialdemokratischen Stadtvorordnungsfraktion so bewundernswürdig für die Kommune gearbeitet hat!

Trotz dieses wahreren Geschichtens, daß hier viel belaudet wurde und doch ein ganz anderes, wenn es sozialistisch und sozialpraktisch positiver Arbeit ist, wird, das Gehirnel vom Verlangen jeder Mitarbeiter weitergetragen werden.

Aber wie sieht es denn nun mit der Mitarbeit der bürgerlichen Vertreter für die Stadtwahlordnung aus? Ist es von Bürgervereiner oder seinen Anhängern nicht bekannt, daß mehrerer seiner Mitglieder als Stadtvorordnete wiederholt versucht haben, für allerlei private Interessen einzutreten.

Es ist bekannt, daß ein bürgerlicher Stadtvorordneter der Worte, der jetzt wegen Fortzugs nicht wieder aufgestellt ist, sich wiederholt um städtische Ämter beworben hat, bis ihm Bürgermeister von Hohl ziemlich deutlich zu verstehen gab, daß er als Stadtvorordneter bei der Werbung der Wähler nicht in Frage käme. Und wie ist es mit der Unverfügbarkeit bürgerlicher Vertreter bei ihrer positiven Arbeit! Haben nicht Stadtvorordnete häufig erklärt, am liebsten ihre Willkürung der Gelegenheit der Sonntagbrüche zügig anzugreifen zu müssen —

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 262

Halle (Saale), Freitag den 7. November 1913

24. Jahrg.

Krupp-Prozeß.

P. B. Berlin, 6. November 1913.

Zu Beginn der Mittwoch-Sitzung geben Oberstaatsanwalt und Verteidiger Erklärungen gegen einen Journalisten des Berliner Lokal-Anzeigers, Otto v. Goltberg, ab, der die Behauptung aufstellt, daß belgische und italienische Offiziere von amtlicher Seite angegriffen worden seien. Im Zusammenhang mit diesen Erklärungen, die den vom Berliner Lokal-Anzeiger gemachten Vorwurf zurückweisen, werden ein paar Briefe des Verurs an v. Goltberg vorgelesen, die nur geschäftliche Umwechslungen enthalten. Er sei bei seiner Tätigkeit in Belgien und Italien nie der Ehre eines der ausländischen Offiziere zu nahe getreten.

Major v. Weitzershausen, Chef der Artillerieabteilung des Kriegsministeriums, gibt hierauf in der Fortsetzung der Verhandlung etwa folgendes Gutachten ab: Die von v. Goltberg nach Goltberg'scher Normung, sind aus eingehende geprüft worden. Es ist festzustellen, daß der Firma Krupp und auch den anderen Firmen, die für die Geversverwaltung Geschäfte liefern, Geheimnisse anvertraut werden müssen. Es werden gelieferte Geschosse, Munition, Es werden von den Firmen selbst Schießversuche gemacht. Die größeren Firmen haben eigene Schießstände. Wenn die Versuche ein gutes Resultat ergeben haben, so wird der Bericht über Hinzuziehung der Truppen vorgenommen. Ich will jedoch bemerken, daß die Firma Krupp keine Sonderstellung einnimmt; das, was der Firma Krupp mitgeteilt wird und mitgeteilt werden muß, wird auch den anderen Firmen, die mit der Geversverwaltung wegen Lieferung in Verbindung stehen, mitgeteilt. Es sind auch viele militärische Dinge, die geheim zu halten sind. Das läßt sich aber nicht anders machen. Die Firma Krupp ist nun nicht nur Lieferanten für militärische Geschäfte, sondern für die deutsche Geversverwaltung, sondern auch in weitgehendem Maße für das Ausland. Das Ausland wendet sich an die Firma Krupp, weil es weiß, daß das artilleristische Material für die deutsche Geversverwaltung von der Firma Krupp gefertigt wird. Andererseits ist es auch von Vorteil für die deutsche Geversverwaltung, daß die Firma Krupp durch Verträge für das Ausland und insbesondere auch durch Übernahme von Beständen, gutes artilleristisches Material zu liefern in der Lage ist. Die „Normaleger“ haben keine große Bedeutung für die Geversverwaltung. In den „Normaleger“ ist enthalten die Konstruktion des Materials, die gesamte Beschaffenheit, die in Aussicht stehenden Anfertigungen und die Preise. Ueber die Konstruktion und Beschaffenheit muß selbstverständlich auch mit der Firma Krupp gesprochen werden. Den Vertretern der Firma Krupp müssen bei Besprechungen der Bestimmungen Geheimnisse anvertraut werden.

Die Preise der Normaleger allerdings werden der Firma Krupp nicht mitgeteilt, da die Geversverwaltung die Preisstellung für eine Verdrauenssache hält. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Böwenschen: Herr Major, seitens der Geversverwaltung sind doch die von v. Goltberg nach Goltberg'scher Normung, sind aus eingehende geprüft worden? Sie haben das in hiesiger in öffentlicher Sitzung gesagt, ich möchte es aber noch einmal behaupten. Ist in den „Normaleger“ irgend etwas gefunden worden, was im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten wäre? — Sachverständiger: Nein, derartige Dinge sind in den „Normaleger“ nicht gefunden worden. Die Vertreter der Firma Krupp müssen bei den Besprechungen herangezogen, es muß mit ihnen über die neuen Konstruktionen gesprochen werden, infolgedessen müssen der Firma Krupp Dinge anvertraut werden, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten sind. Daß es vor der Firma Krupp keine militärischen Geheimnisse gibt, ist allerdings nicht richtig. — Angeklagter v. Goltberg: Der Herr Major sagte mit Recht, die Firma Krupp hat keinerlei Bezugung, sie nimmt der Geversverwaltung gegenüber keine Sonderstellung ein. Ich erlaube mir, den Herrn Major zu fragen, ob die Firma Krupp nicht doch, und zwar ganz naturgemäß, wenn auch keine Bezugung, so doch eine Sonderstellung einnimmt, da es doch eine ganze Anzahl, insbesondere artilleristische Gegenstände gibt, die lediglich von der Firma Krupp gefertigt werden können. — Sachverständiger: Inwiefern nimmt allerdings die Firma Krupp eine Sonderstellung der Geversverwaltung gegenüber ein?

Nach einigen Fragen der Verteidiger bemerkt der Vorsitzende, daß nunmehr in der gestern unterbrochenen Erörterung der „Normaleger“ fortzugesetzt werden soll. Die Öffentlichkeit wird hierauf ausgeschlossen. — Nach Wiederbestellung der Öffentlichkeit erklärt Direktor Wautsch: Der Angeklagte v. Goltberg ist ein sehr intelligenter, ehrenwerter Mann, ein sehr gutmütiger Charakter; die Gutachten, die er in dem Zusammenhang abgibt, sind von ihm auf Ehrlichkeit an dem Tag gelegt habe. Verteidiger Dr. Böwenschen: Sind Sie der Meinung, daß v. Goltberg seinen ehemaligen Kameraden Geheimnisse gemacht, und ihnen diesen ebenfalls bekannt gemacht, und ihnen Nachrichten zu erhalten? Dann doch wieder leicht aus Gutmitigkeit geschehen sein. Direktor Wautsch: Ich

bin der Überzeugung, daß dies in der Hauptsache aus Gutmitigkeit geschehen ist. Darauf beantragt der Oberstaatsanwalt, die Zeugen Landrat a. D. Käpfer, Direktor Draeger, Dr. Wuchelion und den ehemaligen Direktor Rechtsanwalt Marquardt nicht zu verurteilen, weil sie der Teilnahme an den hier zur Sprache stehenden Verhandlungen verächtlich seien. Gegen diesen Antrag wandten sich in längeren Ausführungen die Verteidiger, die dann bekanntermaßen darauf hinwiesen, daß der Zeuge v. Weitzershausen Blauwürdigkeit verdiene. Sie wollten es aber unterlassen, einen Antrag auf Nichterhebung dieses Zeugen zu stellen. Der Oberstaatsanwalt erwiderte noch einmal ziemlich geriat. Darauf verlangt Landrat a. D. Käpfer das Wort mit dem Bemerkten, er sei angegriffen worden und er müsse sich vertheidigen können. Der Vorsitzende beauftragte ihn, daß in diesem Stadium der Verhandlung ihm das Wort nicht erteilt werden könne. Nach 1 1/2 stündiger Beratung des Gerichtshofes verhandelt der Vorsitzende, der Gerichtshof habe beschlossen, die Zeugen Käpfer, Draeger, Dr. Wuchelion, Marquardt und v. Weitzershausen nicht zu verurteilen, da sie der Teilnahme an den zur Sprache stehenden Verhandlungen verächtlich seien. Die anderen Zeugen wurden darauf verurteilt. — Der Oberstaatsanwalt bemerkt, es habe sich noch ein Zeuge angeboten, der die Angelegenheit nach einer anderen Richtung hin erweitern will. Er werde genötigt sein, den Zeugen und auch den Major Wangemann als Zeugen zum Freitag zu laden. Verteidiger Dr. Gordon: Ich werde abdam auch genötigt sein, einen Zeugen zu laden.

Der Vorsitzende teilt mit, daß am Donnerstag die Sitzung ausfallen soll und am Freitag der General v. Büding und der Major Anders vernommen werden sollen. Die weiteren Verhandlungen dürften eine Stunde dauern, abdann sollen die Wälders beginnen. Die Sitzung wird auf Freitag verlag.

Gewerkschaftliches.

Verschleppung der Tarifbeschüsse im Baugewerbe.

Seit dem Tage, wo die Zentralorganisationen der Arbeiter im Baugewerbe und der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe den Beschluß gefaßt haben, die Vorstände der Inparteilichen, Magistratsrats v. Schulz, Gewerbegerichts-direktor Dr. Brenner und Bürgermeisters Rath, zur Beibehaltung der Disziplinen im Baugewerbe anzunehmen, sind bereits sechs Monate verstrichen. Man sollte annehmen, daß längst völlige Ordnung in den Tarifverträgen bestehen würde und alle Verträge ordnungsgemäß vollzogen wären. Leider haben von den circa 800 Tarifverträgen, die geschlossen werden sollten, bisher nur 30 bis zu einer erheblichen Zahl erhalten und über alle übrigen Verträge besteht noch kein feine Bewußtsein, wenn sie als endgültig angenommen bestanden werden können; ja man kann für eine Anzahl von Verträgen heute nicht einmal den Ort ihrer Aufbewahrung angeben.

Diese ganz unerhörte Verschleppung ist ausschließlich auf das Verhalten des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zurückzuführen, nach dessen Anweisungen Bestimmungen in die örtlichen Verträge hineingeschrieben worden sind, die von den Zentralvorständen der Gewerkschaften unter allen Umständen abgelehnt werden müssen. Außerdem läuft der Arbeitgeberbund mit einem grundrüttelnden Antrag aus Neue Eium für die Aushebung der Affordarbeit. Die nächste Sitzung des Magistratsrats, die am 11. November in Berlin abgehalten wird, soll nicht weniger als 48 Verhandlungspunkte erledigen, von denen außer dem obigen Antrag noch in sechs Fällen über die Affordarbeitfrage zu entscheiden ist, wo entweder die Unternehmer die Zulassung der Affordarbeit fordern, oder die Arbeiterorganisationen das Verlangen abzumehren suchen.

Sei seinem Vorgehen ist der Arbeitgeberbund geradezu strupplos. Aus dem ganzen zehnjährigen Inbetriebnahme ist bisher nicht ein Vertrag zur Unterfertigung vorgelegt worden. Dasselbe trifft für das mitteldeutsche Gebiet zu, wo Herr Käpfer als Präsident a. W. als Vorstandsmitglied des Arbeitgeberbundes das Szepter führt. Aus der Provinz Hannover, aus Thüringen, aus Bayern ist ebenfalls bisher kein Vertrag zur Unterfertigung vorgelegt worden. In München weigert sich der Arbeitgeberverband sogar, an einer Verhandlung teilzunehmen, die zur Aufstellung eines Affordtariffs dienen soll, für Arbeiter, für die Afford ausnahmsweise zulässig ist. Er begründet sein tariffreudiges Verhalten damit, daß der örtliche Vertrag nicht bestehe, weil der Vorstand des Bauarbeiterverbandes sich geneigt hat, den Vertrag zu unterzeichnen. Das letztere stimmt zwar; aber der Arbeitgeberverband in München verhält dabei so, als ob die Unterfertigung bereits wurde, weil er in dem Vertrag etwas besetzt hat, was er nach der Aufzeichnung der Inparteilichen kein Recht hatte. Es wäre doch wirklich gar zu verurteilt, wenn man mit solchen Umständen, wie sie der Arbeitgeberverband in München zum Ausdruck bringt, einen Vertragsabschluss vollständig verhindern könnte.

Auf diese Art wird der Abschluß der Tarifverträge für das Baugewerbe durch den Arbeitgeberbund verfrachtet. *

ist gewiß kein Zufall, daß außer Karlstrube keine Großfabrik a mehr vorhanden ist, die einen fertigen Vertrag hat, an dem der Arbeitgeberbund beteiligt ist. Man fragt sich unwillkürlich: welche Absicht steht dahinter, und sollen die Arbeiter sich das ruhig gefallen lassen?

Die Inparteilichen des Bauarbeiterbundes hätten auch wohl Urteile, einmal energisch einmündigen, soweit ihre Kenntnisse dazu reichten. Jedenfalls kann es auch ihnen nicht gleich sein, wenn all die Mühen um die Sache so hinterzogen werden.

Tabakarbeiterausperrung in der Großkaufmannsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Die Leipziger Volkshaltung bringt folgende fast ungläubig klingende Meldung: Die Großkaufmannsgesellschaft deutscher Konsumvereine — Abteilung Jägerstrasse — hat Dienstag vormittag furchsbar sämtliche Koller und Wiedelmacher ausgesperrt, weil die Koller mit der Einführung einer Aenderung beim Wiedeln, die sie als unbezahlte Mehrarbeit auffassen mußten, nicht einverstanden waren. Die Arbeiter forderten, daß die Großkaufmannsgesellschaft, die erklärte, vor sich den Aenderung nicht fügen sei, entlassen, zunächst den „Jägergenossenschaft“ (siehe Konflikt Berlagsanfall und Widerspruch) zu geben habe. Die Großkaufmannsgesellschaft erklärte aber, daß alle Koller sofort entlassen seien.

Drohende Massenansammlung in Danemark.

Aus Kopenhagen wird durch Wolffs Telegraphenbureau gemeldet: Wegen Niederlegung der Arbeit in verschiedenen Gewerben hat der dänische Arbeitgeberverein die Wälderung von etwa 30 000 Arbeitern beschlossen, die nach etwa 14 Tagen in Kraft treten soll.

Aus der Provinz.

Vom Stadtverordneten-Wahlkampf.

Wahlertag in Schilbau.

Bei der am Mittwoch in Schilbau (Kreis Torun) vorgenommenen Stadtverordnetenwahl gelang es der Arbeiterchaft zum erstenmal, einen der übrigen im Stadtparlament zu wählen. In der dritten Abteilung wurde gemäß der Steinarbeiter Union Hempel gegen den bisherigen Vertreter, Biegeleisler Julius Otto, Trosch die aus ihrer Mitte aufgetauchten Sieber als verdrängt, um das Einbringen eines Arbeitervertreters zu verhindern, siegte Hempel doch mit großer Mehrheit. Hoffentlich werden die Genossen allerorts nicht unversucht lassen, es den Schilbauern nachzumachen. In der ersten Klasse wurde gewählt der Kandidat Paul Krieger, bisher Dr. Glendenberg; in der zweiten Klasse der Tierarzt Friedrich Piepenbrint, bisher Landwirt Paul Krieger.

Wahlertag in Städtchen.

Die Wahlertage der amlichen Wahlmännchen finden die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen wie folgt statt:

1. Abteilung, 1. Bezirk von Nr. 1 bis 800, am Montag, den 24. November, von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr, im Restaurant Ziboll.

2. Abteilung, 2. Bezirk von Nr. 801 bis 1287, am Montag, den 24. November, von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr, im Restaurant Derago Christian.

3. Abteilung, 3. Bezirk von Nr. 1288 bis 2388, am Montag, den 24. November, von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr, im Restaurant Reichhron.

4. Abteilung, 4. Bezirk von Nr. 2389 bis 3164, am Montag, den 24. November, von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr, im Restaurant Goldenen Kugel.

Den Wählern werden die Abstimmungslisten vor dem Wahltermin ausgehändigt und enthalten dieselben die Nummer, unter welcher die Eintragung in die Wählerliste erfolgte. Zu einer früheren Erledigung des Wahles ist es wünschenswert, daß jeder Wähler vor Abgabe seiner Stimme die Nummer an gibt, unter welcher er eingetragen ist.

Parteienossen! Der Wunsch unseres Parteivorstandes, die Wahlen an einem Sonntage stattfinden zu lassen und damit dem größten Teile der Wähler entgegenzukommen, hat die im Stadtparlament herrschende Mehrheit abgelehnt. Das gleiche Schicksal erleiden auch andere genau so wichtige Anträge und Eingaben der denkenden Arbeiterchaft im Stadtparlament. Das Einbringen unserer Vertreter in die erste und zweite Klasse ist uns leider aus Grund eines erbärmlichen Geldwahlrechts unmöglich gemacht, und für die dritte Abteilung werden uns Männer präsentiert, die sich das Vertrauen an arbeitsfähiger Arbeiter nicht verdienen können. Der sogenannte Bürgerauschuss hat nach qualvoller Mühe seine Kandidaten gelistet und bekannt gemacht, und um der Arbeiterchaft entgegenzukommen, auch einen Nennungsarbeiter in der Person des ewangelischen Arbeitervereins-Vorstandes: Hausmann Bod aufgestellt. Die von der Parteimitung ein gereichte Petition wurde nicht, wie dies in anderen Städten üblich ist, einem Arbeitervertreter zur Begleitung übertragen.

Wintiger nur noch kurze Zeit

im W. Schneider'schen Geschäftslotal, Halle, Leipzigerstr. 94.

Zu nie wiederkehrenden Preisen kommen jetzt Kostüme — Hüter für Damen und Badschiffe — Blusen — Rockwürde — schwarze Frauen-Paletots — Seiden-Büsch-Mäntel u. Jacketts — Kinder-Kleider u. Mäntel — Golf-Jacken — Pelze — Unterröcke — schwarze u. farbige Kleiderstoffe — Seidenstoffe — Wollmuffelne — Inletts — Matragendrelle — Gendertuche — Bettzeuge — Bettfedern — Bettbezüge — Gardinen — Tischdecken — Steppdecken — Teppiche — Sofaabzüge — Handtücher — Tischtücher — Servietten — Normalwäsche — Dament-Hemden — Damen- u. Kinder-Wäsche.

Es empfiehlt sich, diese außergewöhnliche Gelegenheit für **Weihnachts-Einkäufe** zu benutzen.

Verkaufszeit 8—1 u. 3—7 Uhr.

fordern dem bürgerlichen Stadtvorstande Frauenheim, ebenfalls in der Absicht, damit dieser Kreis gleichartig für seine event. Wiederwahl die nötige „Stimmung“ erzeugen könnte.

Parteigenossen! An euch liegt es nun, diesen Reuten zu benehden, daß sich die Arbeiterchaft nicht mehr bevorzugen lassen und nur solchen Männern ihr Vertrauen schenkt, die derselbe durch langjährige Mitarbeit in dem Kampfe zur Herstellung besserer Arbeitsbedingungen erworben haben. Solche Männer sind:

Gewerkschaftsbeamter Richard Sträger, Geschäftsführer Paul Langer, Tischler Emil Barzmann.

Gehe daher jeder am Wahltag rechtzeitig zur Wahl und gebe seine Stimme den Kandidaten der Arbeiterchaft.

Gründungsfeier. Termin zu dem Stadtvorstandemahlen. Am Dienstag, den 18. November, vormittags 10 Uhr, findet im Rathsaussaale die Wahl für die zwei ausstehenden Stadtvorstände Jakob und Neumann der 3. Abteilung statt. Das beide nicht Vertreter der Arbeiterchaft sind, erhellt schon daraus, daß sie Mitbewerber der aus allgemeinen Stimmern in Szene geleiteten Stadtvorstände sind. Um Klarheit über unsere Ziele im Stadtparlament zu erhalten, wurde ein jeder in die Wahl der Arbeiterchaft am Donnerstag, den 8. November, abends 8 Uhr, im Schützenhaus stattfindende Versammlung, wo auch unsere Kandidaten bekannt gegeben werden.

Tagung. Die Gegner der Arbeit. Zur Stadtvorstandemahlen, die für die dritte Abteilung bekanntlich am Montag, den 24. November, stattfindet, hat der Bürgerverein in einer am Dienstag abend abgehaltenen Versammlung Stellung genommen. Zur Aufstellung von Kandidaten kam man noch nicht, sondern überging zu einer bündelnden Abstimmung über die zwei am Montag dritte Abteilung gewählten Bewerber. Eine lebhafte Debatte setzte ein Antrag des Mitglieds Hans Beyer, welcher betragte, für die dritte Abteilung nur Kandidaten aufzustellen, die die Arbeiterchaft angehören. Hierbei muß hervorgehoben werden, daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Erlmann, welcher der zweiten Abteilung angehört, jedoch von der dritten gewählt ist, mit Ende dieses Jahres aus der Stadtvorstandsverwaltung ausscheidet, und ihm nun Gelegenheit, in einer anderen Abteilung gewählt werden zu können, gegeben werden muß. Deshalb jedenfalls erschienen dann auch gleich ein Drittel Tausend Redner auf dem Platze und wendeten sich gegen den Beyer'schen Antrag, der hier sehr gestützt, sehr lebhaft herbeigehört wurde. Es empfahlen alle hier, es sei bei der jetzigen Handlung zu bleiben und Dr. Erlmann wieder als Kandidat für die dritte Abteilung aufzustellen. Jedoch es kam anders, der Antrag Beyer wurde mit großer Majorität angenommen. Also, die dritte Abteilung erhält nur Kandidaten aus ihren Reihen.

Arbeiterwahl. Die Wahl ist nun fast zu Ende, ob sich die Bürgervereiner ihre Kandidaten aus der zweiten oder dritten Abteilung wählen. Für uns ist die Situation klar. Nicht, wie immer, gehen wir in den Wahlkampf. Es muß darum nicht unbedeutend bleiben, was für uns Vorrechte zeitigt, und da ist die dritte Abteilung, die bis zur Wahl noch zur Verfügung stehende Zeit auszunutzen zu einer bündelnden Abstimmung über unsere Kandidaten Genossen Rinfalte. Beim Genossen Böhm im Konsumverein liegt die Wählerliste aus, aus der zu ersehen ist, wo eine öffentliche Wählervermittlung mit den Stadtvorstandemahlen beschaffen.

Brutalität ausländischer Lohnrücker.

Im größten Lichte erscheinen die geradezu gemeingefährlichen Brutalitäten, die von uns Land geschleppten ausländischen Lohnrückern an einem einzigen Tage in den verschiedensten Orten des Wests verübt worden sind.

Aus Leipzig wird folgende Schreckensstat berichtet: Ein auf dem Mittelweg Schuhbinder arbeitender Pole wurde bei Hasberg erwischt und **ausgehängt** aufgefunden. Der Arbeiter ist ein polnischer Arbeiter, der mit dem Erwerbten längere Zeit im Gasthose von Kumbrow geschäftet und dann mit ihm nach Hasberg gehen wollte. Allerdings hat er die Tat ausgeführt. Es ist bisher noch nicht gelungen, des Mordluben habhaft zu werden.

Dem **Westfälischen Wochensblatt** wird aus Wippra berichtet: Die Folgen hatte eine Prügelei zwischen den boscischen Arbeitern am Bahnbau Wippra—Mansfeld. Einem Arbeiter wurde von einem Vorarbeiter die Schlädeldecke zerschlagen, so daß er in bedenklichem Zustande erst ins Sanatorium des Krankenhauses und dann in die Klinik nach Halle transportiert werden mußte. Wie verläuft, sind die Verletzungen davon schwer, daß der Angeklagte kaum am Leben zu erhalten sein wird. Es ist auch hier kein Mordling gelang, zu ermitteln, ist ans der kurzen Weisung nicht zu ersehen.

Bei den Erweiterungsbauten am **Qasen zu Wilsdorf**, die von einer Magdeburger Firma ausgeführt werden, werden mit Vorliebe polnische Arbeiter beschäftigt. Während die einheimischen Arbeiter sich mit einem Stundenlohn von 38 bis 39 Pfg. begnügen müssen, bekommen die „zum Schmutz der nationalen Arbeit“ hergehörenden Ausländer „bis zu 42 Pfg. Stundenlohn. Während der Mittagspause kam es zwischen den Arbeitern zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf ein Pole mit einem großen Steine nach einem Arbeiter aus Nürtenberg warf. Auf dem Nachhausewege wurde der Arbeiter Geizler überfallen und durch Messerschläge in Kopf und Hals sehr erheblich verletzt, daß er sofort ins Krankenhaus geschickt werden mußte. Die Polizeibeamten zur Verhaftung des Haupttäters schreiten wollten, wurde die Straße verarmt und so lange geschlossen gehalten, bis es dem Inhold gelang, für alles zu verschwinden. Wie nun unser Genossenschaftsmittel, wäre bei geüblicher Durchscheidung des ganzen Gerichtsbildes die Festnahme des Mörderluben wohl möglich gewesen, da er sich erst am anderen Morgen demontag hat haben soll.

Einen vierten Fall verzeichnet der **Merseburger Korrespondent** aus dem besonders mit Ausländern „gequerten“ **Gieselsale**. Der Amtsdiener **Wiegeler** aus Rödterling begehrte auf dem Wege nach Wilsdorf einer Anzahl polnischer Arbeiter, die infolge ihres tüchtigen Vornehms Anlaß zum Ein-

schreiten gaben. Die Aufforderung, sich ruhig zu verhalten, wurde zuerst mit Beleidigungen größter Art beantwortet und als der Beamte auf die Handlangertruppe zugeht, gab er ein doppeltes Schreien „so es schicklich ist, der Arbeiter zu ermitteln. Das Kapitalistenblatt besetzt dazu, daß die ausländischen Saison- und Grubenarbeiter zu einer wahren Landplage geworden und zu allem faul sein. Jeder dieser Arbeiter, sei beschnitten und fahre der Gewalttätigkeiten nicht zurück. Die Arbeiterbeamten und Gemeindebehörden hätten daher fortwährend einen schweren Stand und es sei nicht abzusehen, ob es einmal besser werden würde in dem früher so friedlichen Gieselsale.

In dem früher so friedlichen Gieselsale und anderwärts, wo die moderne Landplage von den herrschenden und gewinnflüchtigen Kapitalisten dem deutschen Volke befehrt wird, wird es erst dann besser werden, wenn die Unternehmer sich entschließen, die Hunderttausende arbeitslose Einheimische zu beschäftigen und menschenwürdige Wohn- und Arbeitsbedingungen anzubereiten. Solange man aber die auf einer äußerst niedrigen Kulturstufe stehenden, den Füßeln die Wasser verhängenden Elemente zur Wiederhaltung der erwerbenden deutschen Arbeiterchaft sogar bei Staatsausgaben bevorzugt und ihnen auch noch höhere Löhne zahlt, werden solche Mord- und Missetaten zu den alltäglichen Erscheinungen gehören. Daß man der Mordtötung, wie in den vorliegenden Fällen, meist nicht habhaft werden kann, ist gleichfalls bezeichnend für die preußische Polizeiverwaltung. Man könnte fast auf den Gedanken kommen, den Schrecken sei die Fingerringel der Kaufsolde gar nicht einmal so unangenehm, da ihnen dadurch viel Schererei und Kosten erspart werden. In der Hauptsache sind es ja doch nur Arbeiter, die unter der Landplage leiden.

Schreibk. Gewerkschaftsstatistik. Es war ein Schreiben eingegangen, welches auf den 1. aus der Landeshauptstadt kommt. Mit dieser Angelegenheit wird sich in der nächsten Zeit die Arbeiterchaft von Schweiß bezüglich beschäftigen. Dann gab der Kassierer Genosse Fiedler die Abrechnung vom Gewerkschaftsstatistik, das einen Ueberübers von 599 Mf. gebracht hat. Im allgemeinen war man mit dem Ergebnis zufrieden. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab einen Ueberübers von 929 Mf. Von diesem wurden 50 Mf. zur Stadtvorstandemahlen bemittelt. Im Verchiedenen wurde noch beschließen, für die Volkshilfe mehr Agitation zu betreiben; es sollen dort, wo es sich notwendig macht, größere Veranlagungen abgehalten werden, in welchen geeignete Referenten auf Kosten des Kartells vorkommen. Unschuldigigigkeiten: Barthelemy und Frenzel; unerschuldigt: Hendrichs, Schneider und Galle.

Schüler. Reichfertige Schützen. Wie unvorstellig manche Schützen bei Ausübung ihres wackeligen Berganges vorgehen, lehren wieder zwei Unfälle, die sich bei Tage ereigneten. Auf der Landstraße nach Döllitz wurde ein rohfahrendes Arbeiter von einem Schützen der Hut vom Kopfe geschossen. Um ein kleines, und der Fahrer wäre vielleicht nicht getroffen worden. Auch bei der kürzlich hier veranstalteten Treibjagd wurde ein Schütze von einem Raumbürger Jäger, welcher nach Vermeidung des Treibens noch auf einen Schützen sich durch einen Schrotschuß am Unterleibe erheblich verletzt, so daß der Verletzte sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Wenn diese leichtfertigen Schützen nicht mehr ins Freie hinaus.

Witterfeld. Ueber die Witterfelder Polizeiaufstände schreibt man uns aus Anlaß des aufsehenerregenden Politizensprozesses: In der Nr. 259 des Volksblattes befindet sich ein längerer Artikel über eine Verhandlung vor dem Landgericht Halle, der zwei Witterfelder Arbeiter, die sich in einem Streit mit einem Schützen ereigneten, als Täter der dort geschriebenen Vorgänge vom 23. Februar 1904, nach dem wir aber in Dresden fast immer erleben müßten, daß wenn solche Vorgänge in unseren Zeitungen kritisiert werden, nicht gegen die Schuldigen, sondern gegen die Redakteure gerichtliche Verfolgungen wird, unterliegen wie eine sonstige Verurteilung in der Absicht, in einen solchen Streit in seinem Fortschritt vorzuziehen, dem Publikum dankbar zu sein, wenn solche Vorgänge zur Anzeige gebracht wurden, wollen wir auf gewisse Zusammenhänge dieser unglücklichen Ausreitungen hinweisen und mit einigen Tatsachen teilen.

Die Witterfelder Polizeigenossen haben unter dem unmittelbaren Kommando des Polizeikommissars Heinrich, ein Mann, dem nach unserer Ansicht wohl so ziemlich alle Fähigkeiten zu einem solchen Amte — namentlich was den Umgang mit dem Publikum betrifft — fehlen. Herr Heinrich war früher im Magistratsbureau beschäftigt. Er trat ein sehr unangenehmes Wesen zur Schau und macht den Eindruck eines nervösen Mannes, was sich wohl zum Teil auf die Witterfelder bezieht. Die Beamten in der Gerichtsverwaltung sind nicht die Frage gestellt worden, ob sie nicht die Vereinbarvermittlung mit beobachtet sollen in bezug auf ungeliebte Fälle. Im Arbeiterhofal-Bohnenlohn passierte es bei einem Vereinsvergänge, daß der Polizist Röhme mit einer Karte, die der Kommissar sich um Umwegen beschafft hatte, sich in Zivil im Saale aufstellt und die Witterfelder über 100 Mf. Strafe zahlen mußten. Gatten und Holzmann haben in jener Verurteilung Verurteilung dieselben Willkür wie gegen Röhme im Arbeiterhofal? So befinden sich im Jahre 1910 zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen von einer Volksversammlung auf dem Nachhausewege. Ein Teil davon war aus Holzweiß. Am Galtshaus zur Stadt Witten fand Kommissar Heinrich mit der gesamten Polizeimannschaft und forderte die Leute auf, zu dem einen der beiden Genossen die Witterfelder der Arbeiterchaft vor es zu denken, daß es nicht zum Schlimmen kam. Ein Genosse erhielt ein Strafmandat wegen „Führung eines öffentlichen Umwagens“. Der angebliche Aufreiter hätte sich nach der Versammlung aber sofort nach Hause begeben und mußte vom Gericht natürlich freigesprochen werden.

An der Gerichtsverhandlung teilte der Kommissar, daß der Galtshaus Mensch in der Versammlung gelacht habe, die Anwesenden sollten „mit ruhig darauf losgehen“. Dabei hatte Gen. Wenzel in der Versammlung überhaupt nicht gesprochen. In der Gerichtsverhandlung sagte Genosse Wenzel dem Kommissar, daß ein Genosse in ihm unter die Schandhafte Behauptung, weder hätte er unter den Beamten, noch hätte vorgelegte Schilde, die ganz Witterfelder Bürgerchaft nicht glauben würde. Ein Barthelemy, der viel Arbeiterhändel hat, fing in sein Schaulust ein Blatt, das einen vom Gewerkschaftsstatistik beantragten Theaterabend anführte. Ein Strafmandat ließ nicht lange auf

hin warten und als das kühnliche Blatt trotzdem im Schaulustler lägen, so, daß der Kommissar mit einem Witzwort, die Witterfelder haben sich gelassen, was einen Schloßer holen und den Kommissar aufbrechen lassen. Der Barthelemy kam gerade dazu und der Kommissar nahm das barocke Blatt aus dem Schaulustler. War eine solche Forderung wegen eines Blattes Papier notwendig? Das sich jedoch ergeben auch auf der dem Kommissar, daß die Barthelemy die Genehmigung zu einem Umzuge erhalten, nur sollten die Holzweißiger und Galtshaus, die zwar auch dem Kreisverein angehören, nicht daran teilnehmen. Der Festleiter machte diese merkwürdige Anordnung vor Beginn des Umwagens öffentlich und laut bekannt, obwohl dies schon bei dem ersten Anlauf des Kommissars bekannt war. Als nun der Zug im Gange war, befahl der Kommissar wieder die Umzüge. Während des Umwanges sang er die Jungheimehrer, die sich etwa Holzweißiger oder Galtshaus waren. Ein Stadtvorstands Genosse, der sogar keine Mitgliedschaft bei dem Witterfelder Kreisverbande abgelehrt hatte, wurde aus dem Zuge mit dem Bemerkens heraus geholt, daß er kein Witterfelder sei. Seine Genossen bemerkten auch hier ihre Rufe und ist deshalb der Zug fast verlassen.

Viele Tatsachen könnten noch angeführt werden, doch wollen wir uns mit diesen genug sein lassen. Dem Witterfelder Magistrat müßten wir aber doch anheimgeben, den Kommissar Heinrich wieder an seinen alten Posten zu versetzen, damit er dem für den Witterfelder auftragenden Verkehrt mit dem Publikum entgegen ist, und einem ruhigeren Manne den Posten als Kommissar zu übertragen. Damit wäre gewiß allen Teilen geholfen und in Witterfeld die Polizeimigritze vielleicht für immer beseitigt. Wir haben schließlich aus dem Grunde über die verächtlichen Polizeigenossen nicht berichtet, weil wir nicht wollten, daß die Witterfelder, die sich durch den langen Kampf zu uns dringend notwendig erscheinenden Verbesserung kommen würde.

Gründungsfeier. Stadtvorstandemahlen. Bei Erstattung des Verwaltungsbereichs durch den Bürgermeister ergab sich, daß ebenfalls ein Wählung der Finanzbeamten eintreten würde. Auch ging er auf die Wahlvereinsung ein und berichtete, daß ein eventueler Anlauf von 12—14000 Mf. bei der Verlegung zu erwarten ist, doch erst für das Jahr 1910. Auch in Aussicht ist weiter an, daß ein Steuerzuschlag von 20 Proz. in Witterfeld steht und zwar durch den Schulbauausbau und die Anstellung eines neuen Lehrers und ferner durch erhöhte Kreisabgaben. Bei dem Bau der Turnhalle sind noch 3000 Mf. unvorbehalten. Kosten entständen: dieselben sollen zum Jahresende der Schulbaukosten betragen 8000 Mf. Dem Schulbauern Röhme wurde der jährliche Gehalt von 800 Mf. pro Jahr neben freier Wohnung, Heizung und Licht bewilligt. Durch Verlegung des Zufahrtsweges nach dem Baumgarten, durch den zwei Ackerfeldern berührt werden, muß es sich nicht, das Nachgelagte zu verringern. Die Verlegung des Zufahrtsweges soll doch ein wenig lenken, bemonte Haus bei der Stadt angekauft werden; dieser Antrag wurde abgelehnt. Ein Gehalt des Bürgermeisters, ihm die 800 Mf., die er als Amtsbeamter bezieht, als pensionistisches Dienstentgelt anzurechnen (die dadurch entstehenden Mehrkosten aus der Rubrik „Kaufhaus“ zu decken), wurde genehmigt, doch sollen die Mehrkosten von 15 Mf. aus der Kammereinnahme gedeckt werden. Da die schon bewilligten 100 Mf. zur Seite des 8. Traktors für den Nordparkstr. noch nicht ausreichten, bewilligte man 193 Mf. einstimmig nach. Arbeiter merkt auch das und geht am 18. November die richtige Antwort.

Jörgis. Genossenschaftlicher Fortschritt. Mit recht erfreulicher Mehrheit beschloß die am 1. November stattgehabte außerordentliche Generalversammlung des Allgem. Konsumvereins Jörgis die Auflösung und Liquidation der Genossenschaft, wozu die Veranlagung mit dem Konsumverein am 1. September 1904, 148 Genossen, 100 Mf. Liquidatoren wurden wieder gewählt die Genossen Galtshaus, Volz, Bandmann und Baumgarten Jörgis. Am 2. November fand eine zweite ordentliche Generalversammlung statt, in welcher laut § 46 des Statuts die Auflösung mit 117 von 122 abgegebenen Stimmen einstimmig beschlossen wurde. Daran wurde der Geschäftswert und Vermögensverhältnis über den gesamten Geschäftsjahr gegeben. Die Schlussbilanz des Bilanzjahres am 31. Dezember betragen 27.404,41 Mf. das Genuß- und Verlust-Konto balanzieren mit 7997,61 Mf. Spar- und Rückvermögen betragen 6627,25 Mf. Es wurde auf Antrag der Verwaltung beschloßen, auf Material- und Vorkaufsmarkten 10 Proz. und auf Fleisch- und Schmalzmarkten 4 Proz. Ermäßigung der Preise zu bewilligen. Die Bilanz des 3. Quartals wurde der Nebenrechnung mit dem Konsumverein Jörgis vorgelesen und gegen 3 Stimmen genehmigt. Zum Schluß nahm Genosse Galtshaus noch einmal das Wort und führte den Anwesenden die Notwendigkeit eines festen und neuen Zusammenhanges aller Konsumvereine deutlich vor Augen und betonte, daß nur große Konsum- resp. Vereins-Konsumvereine in der Lage seien, die Ziele der Genossenschaftsbewegung zu verwirklichen. Ueber 50000 Mf. befinden sich in der Sparkasse des Allgemeinen Konsumvereins Halle, mögen auch die Jörgis Genossen daran regen Anteil nehmen. Die Gelder werden mit 4 Proz. verzinst, wogegen die Privatkonten höchstens 3 bis 3 1/2 Proz. abgeben. Der beste Kapitalist ist die Genossenschaftsbewegung, die sich durch den Witterfelder Weg über den Weg der Verwirklichung der Umwälzung. Am 1. September ist die Verkaufsbilanz des Allgem. Vereins übergeben worden. Der Umlauf betrug im September über 8800 Mf. und im Oktober über 6000 Mf. bei circa 200 Mitgliedern. Das ist ein Umlauf, wie ihn der Konsumverein Jörgis selbst in den besten Jahren mit 150 Mitgliedern nicht erreicht hat. Was alle Dinge ist es aber auch notwendig, alle zu tun, damit hier wieder Ruhe und Frieden in die Genossenschaftsbewegung einkehrt. Ein jeder muß beitreten sein, mitzuarbeiten am Emporblühen der Genossenschaft. Sichtlich erkennen auch die Mitglieder des hier bestehenden Neuen Konsum-Vereins die Notwendigkeit des Zusammenhanges bald an, der Genossenschaft zum Ruh und dem Genuß zum Trup.

Beitrag. Selbsterlöb aus Furcht vor Strafe. Der 12 Jahre alte Maurer Heinrich Polmann aus Borsina wurde auf der Halle—Gottener Eisenbahn tot an gefahren. Sein Körper war in zwei Hälften geteilt. Gohmann war am Sonntag anlässlich der Firmes in eine Schlägerei verwickelt gewesen, wobei er einen Beteiligten ein Auge ausgekratzen haben soll. Aus Furcht vor der zu erwartenden Strafe durfte er den Selbstmord verüben haben.

Streben. Gegen Dreiunddreißigsten. Die Feierabendtische trüben hier und in der Gegend mit der Unruhe. In der mandch. getrocknet aufreißender Weise betreiben sie ihr Geschäft, das Einfangen der Arbeiter für das berühmte Versicherungsgesellschaft nach Feuerabend. Wenn ihnen die Ausposten ihres Begnähens zum Zweck auf verschiedene hineingelassene Feuerabend...

Was wird ferre

— und die Hausfrauen sind heute wirklich nicht zu benehden, denn am eine Erhöhung des Wirtschafts-Stats kann der Mann bei diesen Zeiten auch nicht denken. — Da ist es denn ein Trost, daß wenigstens die Befreiung der

Damen in diesem Herbst geringere Ausgaben erfordert, denn die **Damen-Konfektion** ist — wie man zu sagen pflegt — in diesem Jahre „gut geraten“! Aber nur für die Konsumenten, denn die **Fabrikanten** in Berlin verlieren ungeheure Summen und verkaufen täglich mit großem Verlust, um überhaupt ihre Ware loszuwerden, weil der seit 6 Wochen erwartete Winter ebenso wenig gekommen ist, wie die Käufer! — Diese seltene Konjunktur haben nun die großen und kapitalträchtigen Geschäfte, wie z. B. **Geschw. Loewendahl** in Halle, gütlich benutz und **reife Quantitäten** der schönsten **Mäntel, Kostime, Kleider** etc. aufgetauft. Wer heute die Schaufenster bei Loewendahls sieht, muß staunen; sogar die guten Seidenplüsch- und Astrachan-Mäntel sind unverhältnismäßig billig; schöne **Ullster-Mäntel** sieht man für **M. 9.—** in den modernsten Farben; genau so verhält es sich mit **prachtvollen Kostimen, Kleibern, Blumen und Röden**, ebenso **Kindermänteln**. Wer jetzt bei Loewendahls seine Garderobe einkauft, kann mit einer **wirklichen und großen Ersparnis** rechnen, denn so billig konnte man moderne, gute Sachen noch nie kaufen.

